

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Neuaufteilung der Finanzwelt

S. 3



Grüne Panzer

S. 6

US-Hilfe:

In Kolumbien

S. 8

Im Kosovo

S. 18



Straßenordnung

S. 12



Tarifabschlüsse

S. 16

Mit Haider heim ins Reich

S. 20



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Staschkeit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider; GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/4761125

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler; GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler; GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.:

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

REGIERUNG ABWESEND. Am 16.3., am Tag vor der feierlichen Sondersitzung zum 10. Jahrestag der Volkskammerwahl in der DDR, beriet der Bundestag vor fast leeren Bänken über die bisherige Bilanz beim Aufbau Ost und den dazu eingebrachten Antrag der PDS. Zu den Forderungen der PDS gehörten u.a. die nach: • einem koordinierenden, auch regionalpolitischen Gesamtkonzept für den Aufbau Ost; • einem Regierungsprogramm zur Senkung der Massenarbeitslosigkeit gerade im Osten; • einer verbindlichen Zusage noch dieses Jahr über die ungekürzte Fortsetzung des Finanztransfers in den Osten auch nach 2004; • Anhebung der Entlohnung im öffentlichen Dienst sowie der Beamtenbesoldung bis spätestens 2002 auf das Niveau der alten Bundesländer; • Angleichung der Sozialhilfesätze bis spätestens nächstes Jahr ans Westniveau, oder: • endlich Anerkennung aller in der DDR erworbenen Berufsabschlüsse. Alle Forderungen wurden von den Regierungsparteien, von CDU/CSU und FDP abgelehnt.

PDS ZU GREEN CARDS. Inzwischen steht fest, wie die Bundesregierung dem Geschrei der IT-Branche nach billigen und jungen Spezialisten nachkommen will: Durch eine Ausnahmeverordnung zum Anwerbestopp für 10.000 bis 20.000 IT-Leute, die mit befristeten Verträgen, ohne Familiennachzug, ohne Kündigungsschutz usw. geholt werden sollen. Die PDS-Abgeordnete Jelpke kritisierte diese Ankündigung unter der ironischen Überschrift „Ist das Boot jetzt leer, Herr Schily?“. „Wenn Menschen in Not waren, bekam die Öffentlichkeit bisher von Innenminister Schily sowie von CDU-CSU-Politikern zu hören: Die ‚Grenze der Belastbarkeit ist erreicht‘. Wenn aber die Wirtschaft ruft, ist das Boot sofort leer. Diese Haltung des SPD-Innenministers und seiner CDU/CSU-Kollegen Beckstein, Stoiber, Rüttgers ist nicht nur inhuman. Sie ist auch hinterwäldlerisch und provinziell. Die Bundesrepublik ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Das wird auch in Zukunft so sein. (...) Die PDS ist schon immer für offene Grenzen für Menschen in Not eingetreten. Ich begrüße deshalb auch jede Lockerung von Einreisesperren. Das Vorgehen der Bundesregierung aber lehne ich ab. Auf das Geschrei der IT-Lobby hin Arbeitskräfte zu Dumpinglöhnen, ohne Niederlassungsrecht und Familiennachzug im Ausland befristet zu rekrutieren, ist eine neue Form von Inhumanität. Die Hire-and-Fire-Politik der IT-Branche, die Menschen feuert, nur weil sie älter als 40 Jahre sind, darf nicht noch von der Politik unterstützt werden. Vielmehr muss die Ausbildung von Arbeitslosen, jungen Menschen, von Migranten und Flüchtlingen verstärkt werden. Es darf nicht sein, dass wir die vermeintliche Elite künftig weltweit heuern, Arme, Flüchtlinge und Menschen in Not dagegen weiter feuern. Nötig ist eine demokrati-

sche Migrations- und Flüchtlingspolitik. Das Arbeitsverbot für Flüchtlinge muss fallen. Die Abschiebungen müssen aufgehoben werden. Die Diskriminierung von Migranten bei der Arbeitsvermittlung muss aufgehoben werden. Wer hier arbeiten und sich niederlassen will, muss volle politische und gewerkschaftliche Rechte haben und die deutsche Staatsbürgerschaft ohne Schikanen erwerben dürfen. (...)“

KEINE FREIZÜGIGKEIT FÜR AUS- SIEDLER? Am 23. 3. beriet der Bundestag über ein neues „Wohnortzuweisungsgesetz“ der Regierung für sog. „Spätaussiedler“. Damit soll die bisher schon bestehende Regelung, wonach Spätaussiedler, die Sozialhilfe beziehen, einen Wohnort vorgeschrieben bekommen können, den sie nicht verlassen dürfen, verlängert werden. Die PDS lehnte das Gesetz als einzige Partei ab. Als ihr Abgeordneter Heinrich Fink darauf hinwies, diese Vorschrift sei, da Spätaussiedler zumeist deutsche Staatsbürger seien, vermutlich verfassungswidrig, erntete er wütenden Protest von der Regierung und von CDU/CSU. Er habe „keine Ahnung“, wovon er da rede, war noch das Freundlichste, was er zu hören bekam. Pech für die Pöbler: Heinrich Fink und Familie sind im russischen Moldawien aufgewachsen. Von „keine Ahnung“ als keine Spur.

ZWANGSARBEITER: VIELE BEKOMMEN WENIG, VIELE GAR NICHTS. Am 23. 3. verkündeten Graf Lambsdorff und US-Unterhändler Eizenstat das Ende der Verhandlungen über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern. Die Regierung hatte tags zuvor den Gesetzentwurf beschlossen, der nun bis Anfang Juli beschlossen werden soll. Die PDS-Abgeordnete Jelpke erklärte: „Viele Zwangsarbeiter werden nur wenig, viele weitere gar keine Entschädigung bekommen ... Von den ... Höchstbeträgen – 15.000 DM für KZ-Häftlinge, 5.000 für industrielle Zwangsarbeit – werden viele Opfer nur einen Teil erhalten. Die genauen Beträge hängen jetzt davon ab, ob die Staaten Osteuropas auch den (auf 600.000 geschätzten) überlebenden Landarbeitern eine Entschädigung zahlen. Tun sie das, erhalten diese nur wenig, andere Opfer aber sicher nicht den Höchstbetrag. Vor allem der ... Betrag von 800 Millionen DM für Opfer aus dem ‚Rest der Welt‘ – Sinti, Roma, Opfer aus bisher nicht erfassten Ländern (Slowakei, Ungarn, Baltikum, Rumänien, Bulgarien usw.) – wird dazu führen, dass diese nur sehr geringe Beträge erhalten. Weiter im Gesetz ist auch die Regel, dass alle Firmen künftig vor Entschädigungsforderungen von Zwangsarbeitern geschützt sind, auch wenn die jeweilige Firma keinen Pfennig in den Topf gezahlt hat. Zugleich sollen die vielen tausend Zwangsarbeiter, die gegen deutsche Firmen Klage auf Entschädigung eingereicht haben, ihre Kosten nicht ersetzt bekommen.“

Neuaufteilung der „deutschen Finanzwelt“ in vollem Gange

In einer Presseerklärung vom 9. März 2000 gaben die beiden Vorstandssprecher von Deutscher und Dresdner Bank, Breuer und Walter bekannt: „Die Deutsche Bank und die Dresdner Bank wollen noch in diesem Jahr im Rahmen eines ‚Merger of Equals‘ zu einem gemeinsamen Institut fusionieren. (Damit) entsteht die führende Bank Europas mit einer Marktkapitalisierung von mehr als 80 Milliarden Euro.“

Von einer „Fusion von Gleichen“ kann nicht die Rede sein. Das neue Finanzunternehmen heißt „Deutsche Bank AG – die Beraterbank“, aber jetzt in den grünen Farben der Dresdner. Während die meisten Blätter über die künftige 2,5-Billionen-DM-Bilanz der mit der Dresdner fusionierten Deutsche Bank ins Schwärmen geraten – ein Mehrfaches des Bundeshaushaltes!, Deutschland Weltmeister! –, zeichnet die *Financial Times Deutschland (FTD)* in ihrer Ausgabe vom 15. März die Deutsche Bank als Skorpion, der mit einem zweiten Artgenossen, der Allianz, in einem Einmachglas kämpft, und die *Wirtschaftswoche* vom 9.3. titelt: „Deutsche Bank und Allianz teilen sich die Einfluss-Sphären in der deutschen Finanzwelt auf.“

1990 stockt Allianz ihre Dresdner Bank-Beteiligung auf über 20% auf, während die Deutsche Bank ins Versicherungsgeschäft einsteigt. 1997 fusionieren Bayerische Hypo und Vereinsbank, die Deutsche Bank verhindert mit ihrer zuvor erworbenen 5%-Beteiligung an der Bayerischen Vereinsbank und damit indirekt an der Allianz, dass die Hypo mit der Dresdner Bank fusioniert, und erzwingt so eine rein bayerische Lösung.

Jetzt zieht sich Allianz aus der Dresdner Bank zurück. Dafür ist die Deutsche Bank bereit, einen hohen Preis zu zahlen: Die Allianz erhält mit der DSW die stärkste deutsche Fondsgesellschaft, den Deutschen Herold als Versicherung und kann künftig über die Bank 24 ihre Versicherungen und Fonds vertreiben.

800 der insgesamt 2 500 Filialen im Inland sollen geschlossen werden. 16 000 Arbeitsplätze wollen Deutsche und Dresdner Bank streichen. In der gesamten Banken- und Finanzbranche rechnen nicht nur die Gewerkschaften in den nächsten Jahren mit einer beabsichtigten Beseitigung von ca. 200 000 der über 700 000 Arbeitsplätze.

Über die Zielsetzung der Fusion heißt es in der gemeinsamen Erklärung: „Die neue Bank wird in den Bereichen Privat-

und Geschäftskunden, Firmenkunden und Immobilien, Globale Unternehmen und Institutionen (Investment Banking), Asset Management sowie Global Technology & Services tätig sein, die sich aus der Zusammenlegung der entsprechenden Sparten beider Häuser ergeben.“

Worum es also geht, ist die Aufteilung der Geschäftsschwerpunkte zwischen international operierendem „Investmentbanking“ – dem zukünftigen Schwerpunkt der Deutsche Bank AG – und dem Filialgeschäft. Aus dem Filialgeschäft wollen sich die Institute mittelfristig zurückziehen. In das Filialgeschäft der Deutschen Bank, die Deutsche Bank 24, wird zunächst die Allianz mit 49 Prozent einsteigen, dann sollen die Filialen der Dresdner Bank hinzukommen. Das so genannte Mengengeschäft soll schließlich bis spätestens 2003 an die Börse gebracht werden. Die neue Deutsche Bank fühlt sich zukünftig nurmehr für Privatkunden mit mehr als 200 000 DM disponiblen Vermögen und Firmenkunden über 5 Millionen DM Umsatz zuständig. Über das neu strukturierte Filialgeschäft wird die Allianz dann auch Versicherungen verkaufen, während die neue Deutsche Bank im internationalen Anleihengeschäft, bei der Aktienemission, den Firmenkäufen und -umstrukturierungen und in der Vermögensverwaltung international mit ihren Konkurrenten wie Goldman Sachs oder Morgan Stanley gleichziehen wird.

... nicht ohne Risiko

Nicht nur wegen der von Breuer und Walter mit über 3 Mrd. Euro bezifferten Umstrukturierungskosten beurteilt die Börse das Vorhaben skeptisch. Eine Woche nach Fusionsankündigung notieren Deutsche Bank-Aktien 15% unter dem Niveau vor der Fusionsankündigung, Dresdner Bank 3% darunter und nur Allianz mit plus 16 Prozent.

Überkapazitäten im Bankgeschäft

Das klassische Bankgeschäft besteht im Einsammeln von Einlagen aus und dem Ausleihen von Krediten an andere gesellschaftliche Bereiche. Man darf sich auch von 2,5 Billionen Bilanzsumme (Aktiva: Summe aus Finanzanlagen, Kreditvolumen und anderen Forderungen an Kunden, Institute und Staaten ist gleich

Die Chefs: Breuer und Walter



Passiva: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, anderen Instituten und Sonstigen plus Eigenkapital) nicht blenden lassen: Die Zinsmarge (nicht nur) der Deutschen Bank, also der Zinsüberschuss i. v. H. der Bilanzsumme, sinkt seit Jahren Schritt für Schritt. Für die Deutsche Bank errechnen die „Analysten“ von der früheren Konkurrenz Dresdner Kleinwort Benson in einem Untersuchungsbericht im Juni 1998 den Fall der Zinsmarge von 1,64% in 1995 über 1,31% in 1996, 1,15% in 1997 auf 1,04% im 1. Quartal 1998. Der Fall unter die 1%-Marke ist absehbar.

Bei einer entsprechenden Bilanzsumme wird auch aus einer niedrigen Marge noch ein ansehnlicher Zinsüberschuss, dieser stieg nach einem Rückgang (!) in 1995 und 1996 wieder einmal 1997 um 5,5% = 584 Mio. DM von 10,5 Mrd. auf 11,1 Mrd. DM (hier wird also nicht mehr mit der „Maßeinheit Bundeshaushalt“ gerechnet). In diesem Zinsüberschuss verstecken sich aber positive Währungseffekte in Höhe von 147 Mio. DM (also nicht jedes Jahr wiederholbar) sowie eine Dividende von 177 Mio. aus der 21,8%-Beteiligung an Daimler Benz

Dann das Auslandsgeschäft und der Euro

Blutige Nasen hat sich die Deutsche Bank durch verschiedene Auslandsabenteuer geholt. Nach der Bankers Trust-Fusion flossen gewaltige Abfindungszahlungen, ganze Abteilungen wanderten ab, in Argentinien wurde 1997 das gesamte Filialnetz wieder verkauft, 1998 verhandelten die Einbrüche in Südostasien und Russland die Geschäfte, 1995 bis 1997 überschritten die tatsächlichen Abschreibungen erstmals seit Jahren die Nettorisikovorsorge für faule Kredite, bei einem Totalausfall von Indonesien hätten 2,8 Mrd. abgeschrieben werden müssen.

Überhaupt ist das Auslandsgeschäft, weil es sich vor allem im Investmentbanking abspielt, ein teures Geschäft. Während der „Personalaufwand“ je Inlandsmitarbeiter von 1994 bis 1997 von durchschnittlichen 101 000 DM auf

„... größter Umbruch seit 1984“

Aus einem Interview der Zeitung *Die Welt* mit Roland Berger, Unternehmensberatung Roland Berger, vom 13.3.2000

Roland Berger gehörte zu denjenigen, die von der Wirtschaftspresse aufgeboten wurden, wenn es galt, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft vor und nach dem Anschluss der DDR nach dem Muster einer Gesamtkonzernanalyse nach betriebswirtschaftlichen „Schwachstellen“ auszusondieren. Nachdem – beflügelt von den geplanten Steuergesetzen der rot-grünen Regierung – jetzt die „Deutschland AG“ kapitalmäßig auseinandergenommen und neu strukturiert werden soll, gibt Berger wiederum den Sachverständigen für den aktuellen Kurs.

DIE WELT: *Herr Berger, die deutsche Finanzbranche strukturiert sich von Grund auf um. In anderen Sektoren ist ebenfalls viel Bewegung. Steht die Wirtschaft vor einem Umbruch wie in den neunziger Jahren?*

Berger: Wir erleben jetzt den größten Umbruch seit 1948. Das geht viel weiter als in den neunziger Jahren, und es fallen zwei Dinge zusammen. Zum einen befinden wir uns weltweit am Anfang einer langen, technologisch bedingten Aufschwungphase, wobei die Informatik, das Internet und die Biotechnologie die Schlüsseltechnologien sind. Zum anderen setzen sich jetzt kapitalmarktgetriebene Wirtschaftsreformen durch, die Unternehmen zu einer gnadenlosen Restrukturierung ihrer Geschäfte zwingen. Die Stichworte lauten Produktivität, Effizienz, Innovation, Wachstumsstärke und globale Wettbewerbsfähigkeit.

DIE WELT: *Wir erleben auch eine neue Gründerwelle. Welches sind hier die Triebfedern?*

Berger: Wir erleben weltweit eine Gründerwelle neuer Qualität, bei der die Unternehmen sofort in beachtliche Größenordnungen wachsen, weil der Ka-

pitalmarkt dies systematisch fördert und fordert. Die zweite Triebfeder sind die neuen Schlüsseltechnologien, die sofort globalen Einsatz brauchen, um wirtschaftlich zu sein, diesen aber auch ermöglichen.

(...)

DIE WELT: *Gleichzeitig strukturieren sich die etablierten Unternehmen rasant um. Hat die deutsche Wirtschaft endlich auf breiter Front das Shareholder-Value-Denken verinnerlicht?*

Berger: Ja, in Deutschland und Europa wird auf breiter Front akzeptiert, dass wir uns nicht vom internationalen Kapitalmarkt abschotten dürfen. Und dieser Markt achtet gnadenlos auf Rendite und wachsende Kurse. (...) In den Vereinigten Staaten sind es die großen Pensionskassen, die heute die großen Kapitalisten sind. Und wenn wir in Deutschland eine Rentenreform mit einer signifikanten Kapitalrücklagekomponente bekommen, dann werden auch hier zu Lande große, professionelle Pensionsfonds entstehen.

DIE WELT: *Welche Rolle wird das Internet bei den sich abzeichnenden Strukturveränderungen spielen? Wird es womöglich überschätzt? (...) Das Internet schaltet den Zwischenhandel aus. Ist das das wesentliche Resultat?*

Berger: Das Internet schaltet erstens den Zwischenhandel aus. Und zweitens können die Unternehmen sehr viel besser disponieren, weil sie ihre Kunden besser kennen. Das heißt: Das Internet spart auf der gesamten Wertschöpfungskette – beim Auto zum Beispiel vom Stahllieferanten bis hin zum Ersatzteil, das der Kunde braucht. Es entfallen enorme Lagerkosten. Roland Berger und Partner haben ausgerechnet, dass die US-Automobilindustrie hier jährlich allein 25 Milliarden Dollar sparen kann. Das bringt für den Verbraucher Preisvorteile und für alle Teilnehmer an der Wertschöpfung größere Margen.

DIE WELT: *Wer sind neben den Herstellern und Verbrauchern die Gewinner?*

Berger: Eines ist ganz sicher: Eine der Wachstumsbranchen wird das gesamte

Logistikgewerbe sein. Profitieren werden spezialisierte Transportunternehmen, aber auch die Zahlungssysteme. Wobei diese Aufgabe nicht von den Banken erledigt werden muss. Das kann auch Bill Gates machen. Und natürlich ist der Sektor Business to Business ganz wichtig. Er macht 90 Prozent des elektronischen Handels aus, weil dort die rechenbaren Vorteile am schnellsten umgesetzt werden.

DIE WELT: *Herr Berger, ich möchte auf das Thema Bankenfusion kommen. Wie beurteilen Sie das, was sich da in der Branche abspielt?*

Berger: Das ist in vielerlei Hinsicht revolutionär. Die Tatsache, dass mit der Allianz, der Münchener Rück, der Deutschen Bank und der Dresdner Bank die vier großen Player der Finanzbranche offensichtlich bereit sind, sich zu entflechten und auch andere Unternehmensbeteiligungen abzugeben, um sich auf ihre eigentlichen Geschäfte zu konzentrieren, ist nicht nur ein symbolischer Akt. Der Vorgang bedeutet für mich einen wesentlichen Schritt weg von der Deutschland AG und eine Hinwendung zu marktwirtschaftlichen Prinzipien. (...)

DIE WELT: *Sie sind Mitglied der Expertenkommission, die die Bundesregierung bei dem Entwurf des geplanten Übernahmegesetzes berät. Ist das Gesetz auf einem guten Weg?*

Berger: Wir hatten ja am Donnerstag unsere erste Diskussion zu diesem Thema. Und ich kann sagen, dass die Diskussion erstens auf einem sehr hohen Niveau stattfand und zweitens weitgehenden Konsens zwischen allen Beteiligten gebracht hat – also auch zwischen den Vertretern der Wirtschaft und der Gewerkschaften. Ich bin mir sicher, dass das von manchen befürchtete Übernahmeverhinderungsgesetz keinesfalls herauskommen wird. Das hat auch der Bundeskanzler klargestellt. Wir werden ein sehr liberales Gesetz haben, das sich gut in den internationalen Standard einfügen wird. Es wird liberaler sein als die Gesetze in den meisten amerikanischen Bundesstaaten.

➔ 113 000 DM wuchs, also um bescheidene 3,8% pro Jahr, so im Ausland von 133.000 auf 212 000 DM, also um 16,7% jährlich. „Nicht nur das Kapital ist beweglich, wir sind es auch“, werden Fusions- und Finanzierungsspezialisten der Dresdner Kleinwort Benson zitiert, die nach Auszahlung des zugesagten Bonus im März das sinkende Schiff verlassen wollen. Um einem kurzfristigen Exodus von Transaktionsspezialisten vorzubeugen, bot der Dresdner-Bank-Vorstand inzwischen einen zweiten Sonderbonus Ende Juni in Höhe von 50% der Märzzahlung an, um die Experten zu halten; für kommendes Jahr wurde getreuen Mitarbeitern bereits ein Superbonus zugesagt.

Wenn die Deutsche jetzt Dresdner Kleinwort Benson verkauft, so füllt dies

zwar die Kriegskasse für andere Neuerwerbe, aber der Einfluss im angelsächsischen Bereich sinkt. Fusionieren auch noch die Börsen Paris, Brüssel und Amsterdam (neuestes Finanzmarktgerücht), dann endet der Traum von einer europäischen Börse unter deutscher Führung (die Deutsche Börse AG mit Breuer, Deutsche Bank, als Aufsichtsratsvorsitzendem will sich jetzt großspurig in „Euroboard“ umtaufen) bereits an der Westgrenze von Luxemburg. Dort wurden zum 1.1.2000 gerade der luxemburgische und der deutsche Zentralverwahrer und Abwickler von Wertpapieren, CEDEL und Deutsche Börse Clearing, ehemals Kassenverein, unter dem Namen Clearstream Banking zusammengefügt.

Die Hauptexpansionsrichtung der deutschen Skorpione bleibt wohl der risikoreiche Osten: zuletzt 80% Übernahme der polnischen Bank Wspolpracy Regionalnej WBR durch die Deutsche Bank; HypoVereinsbank und Bank Austria kommen sich näher; die Raiffeisen Zentralbank Wien steigt neben der DG Bank, SGZ und WGZ Bank bei der Wertpapierabwicklungstochter bws bank Frankfurt ein, diese übernimmt Tochterfirmen in Wien, usw. ...

Aber auch das Inlandsgeschäft wird teuer...

... u.a. weil die Deutsche Bank selbst die Bewegung für längere Betriebszeiten im Bankgewerbe puscht. Erinnern wir uns, die Öffnung des Manteltarifs für regel-

16 000 Arbeitsplätze sollen vernichtet werden

Am Morgen des 7. März 2000 erfuhren die Beschäftigten von der geplanten Fusion. Mitarbeiter in der Poststelle, Betriebsräte, Programmierer, Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmerseite. Ausnahmslos waren die Beschäftigten vom Management über die wahren Pläne der Vorstände an der Nase herumgeführt worden. Bereits zwei Tage darauf wurde die Öffentlichkeit ausführlicher über den Mega-Deal informiert.

Kernpunkte des geplanten Zusammenschlusses stellen die Ausgliederung des Geschäfts mit den kleinen Privat- und Firmenkunden in die Bank 24 und die Umwandlung der neuen Deutschen Bank in eine weltweit agierende Investmentbank dar. Im Rahmen der Zusammenführung sollen 16 000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Dr. Breuer, Vorstandschef der Deutschen Bank, fand dafür den zynischen Begriff MAK (Mitarbeiterkapazität). Die Operation läuft auf einen weitgehenden Umbau beider Institute hinaus und soll zu einem breiten Austausch von Personal dienen und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten massiv verschlechtern.

In Verhandlungen mit den Gesamtbetriebsräten vor der Beschlussfassung der Aufsichtsräte am 14. März 2000 unterschrieben die Vorstände ein Papier, in dem bekundet wird, den Arbeitsplatzabbau „sozialverträglich“ zu gestalten. Dort wird allerdings nur ein Rahmen abgesteckt, konkrete Inhalte fehlen. So wird erklärt, dass man älteren Beschäftigten (ab 55 Jahren) ein Vorruhestandangebot machen will, dass Maßnahmen für Weiterbildung und Qualifikation durchgeführt werden sollen, aber auch die Drohung gegenüber den Beschäftigten, dass diese ihrerseits Bereitschaft zur Mobilität und zur Flexibilität bei Arbeitszeit und Vergütung aufbringen sollen.

mäßige Samstagsarbeit lag gerade drei Wochen vor dem Fusionsbeschluss. Länger dauerte laut *Financial Times Deutschland* die Aushandlung des Allianz/Dresdner/Deutsche-Deals auch nicht. Kann die Deutsche Bank über die Deutsche Börse ihre Schnapsidee zur Verlängerung des Börsenhandels ab 2. Juni 2000 von derzeit 17.30 Uhr auf 20.00 Uhr und ab 1. Januar 2001 auf 22.00 Uhr gegen den Widerstand der anderen Banken umsetzen und wird die Feiertagsbörse an Christi Himmelfahrt, an Pfingstmontag, an Fronleichnam und am 3. Oktober Wirklichkeit, dann muss das aufgrund steigender Personalkosten bei gleichbleibendem Geschäftsumfang zu weiteren Fusionen führen.

Neuemissionen werden bereits (ille-

Gegen den Zusammenschluss und vor allem gegen den Abbau von Arbeitsplätzen demonstrierten am Tage der Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat ca. 250 Beschäftigte der beiden Banken. Die Aktion stand unter dem Motto „Wir knüpfen ein Band der Solidarität“. Die Gewerkschaften hbv und DAG hatten dazu aufgerufen und erklärt, dass sie am Abschluss eines Fusionstarifvertrages interessiert seien, um für die Beschäftigten Rechtssicherheit bei diesem Prozess zu erreichen.

Die Beschäftigten stehen der geplanten Zwangsvereinigung sehr skeptisch gegenüber, besonders deutlich wird das in der Dresdner Bank. An der Betriebsversammlung der Zentrale am 16. März nahmen fast 3 000 Beschäftigte teil. Dies war die größte Versammlung dieser Art in der Geschichte der Zentrale der Dresdner Bank.

Allerdings dürften sich viele Beschäftigte verhöhnt gefühlt haben, als der Betriebsrat eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung auf einer großen Videowand die Pressekonferenz der Vorstandssprecher vorführte. Sie waren gekommen um zu erfahren, was aus ihren Arbeitsplätzen wird. Der Vorstandssprecher hatte es aber vorgezogen, zu der Betriebsversammlung nicht selbst zu kommen. Der Vorstand hatte seinen Arbeitsdirektor geschickt.

Die Botschaft des Betriebsratsvorsitzenden, Organisator einer banknahen Gruppe von organisierten Unorganisierten, bestand aus drei Punkten: Der Vorstand hat uns betrogen und enttäuscht. Aber jetzt ist die Situation einmal so, wir können sie nicht ändern. Also machen wir das Beste daraus. Jetzt vertrauen wir dem Vorstand wieder, bei der Vereinbarung der Folgen. Außerdem ist es für uns

wichtig, dass wir uns selbstbewusst durchsetzen. Wir haben genauso gute Ideen und müssen diese beim Fusionsprozess nur durchsetzen. Die Beschwichtigungsversuche kamen in der Versammlung jedoch bei den Kollegen nicht an.

Auf mehr Zustimmung stieß der Redebeitrag des Betriebsratsmitglieds der hbv. Dieser wies zunächst auf die Gefahr der einseitigen Ausrichtung auf das Investmentbanking hin. Insbesondere aber wurde die soziale Verantwortung der beiden Banken hervorgehoben. Diese hätten es nicht nötig, Arbeitsplätze zu vernichten. Sie seien vielmehr verpflichtet, allen die arbeiten wollen, auch Beschäftigung zu bieten. Diese Aussage fand volle Zustimmung der Versammlung.

Auch andere Redner forderten die Banken auf, ihre Pläne zum Arbeitsplatzabbau aufzugeben. Auf besonders großen Unmut stieß die Ankündigung des Vorstands, die geplante Ausgliederung des Rechenzentrums (IT-Service) wie geplant weiter zu betreiben. Diese neue ausgegründete Firma soll nicht mehr dem Arbeitgeberverband des Bankgewerbes angehören.

Die Unsicherheit bei den Beschäftigten ist groß. Es fehlt die Erfahrung im solidarischen Handeln, aber im Fusionsprozess werden die Belegschaften beider Banken diese Solidarität dringend brauchen. Sonst sind alle Beschäftigten Verlierer der Fusion: die einen stehen ohne Arbeitsplatz da und die anderen in heftiger Konkurrenz gegeneinander „Arbeiten bis zum Umfallen“. *fs*



gal) an Sonntagen abgewickelt, zuletzt Infineon, demnächst T-Online. Nach der Feiertagsarbeit für den Euro steht die Legalisierung der Sonntagsarbeit für Neuemissionen auf der Agenda der Bankenverbände für das nächste „Finanzmarktförderungsgesetz“.

Bisher haben Deutsche Bank und Co. zwar über ausgeuferte Gleitzeitregelungen mit gewaltigen Freizeitsalden eine „Streckung“ des vorhandenen Personals unter den wohlwollenden Augen der Länder-Gewerbeaufsicht ohne größere Bußgeldzahlungen geschafft. Deutsche Bank und Commerzbank zum Abendhandel: „zusätzliches Personal allenfalls zum Spitzenausgleich vorgesehen.“ Zwei oder drei Schichten am Stück wird aber auch der motivierteste Deutsch-

bank-Angestellte auf Dauer physisch nicht durchstehen.

Provisionsgeschäft durch Seiteneinsteiger und Technisierung unter Druck

Im Wertpapierkommissionsgeschäft für die neureiche Kundschaft ist zwar einiges zu holen, von 1996 auf 97 stiegen die Provisionen aus Wertpapier-, Geld- und Devisenhandel von 5,3 Mrd. auf 6,4 Mrd. DM. Aber die Konkurrenz schläft nicht: Direktbanken, Online-Broker mit niedrigeren Personalkosten arbeiten tariflos und betreiben unter den Augen der Wertpapieraufsicht Callcenter anstatt solider Kundenberatung, wobei der Kleinspekulant, wenn es spannend wird, nur noch das Besetzzeichen in der Leitung hört. Auch sonntags ist Betrieb angesagt, ob-

→ wohl durch kein Arbeitszeitgesetz gedeckt.

Die wachsende Internet-Gemeinde verlangt nach immer weiteren Investitionen im EDV-Netz der Banken. Diese müssen aber auch ihre traditionellen Vertriebswege beackern, weil der „traditionelle Wohnheitskunde“ und der „klassische vermögende Privatkunde“ eher zu Technikfeindlichkeit neigen. So gesellen sich neben den Berater am Filialschalter und dem Bankvertreter zu Hause und im Büro der Geldausgabeautomat, der automatische Kassentresor, das Serviceterminal, das PC-Banking über T-Online und Internet, das Telefon-Banking, der electronic commerce, das Business-TV, die Video-Konferenz, das Handy-Banking, die POS-Kartenzahlung, der Nachttresor, die Internet-Recherche, die Datenfernübertragung, die Rechnerkopplung, der Chipkartenleser, Office-, Groupware, Workflow-, Cash-Management- und Data-Mining-Systeme und, nicht zu vergessen, „Ihre Service-Hotline Deutsche Bank, mein Name ist Müller-Lüdenscheid, was kann ich für Sie tun“, und das 7 x 24 Stunden lang. Fast 30% der Kundschaft fänden es angeblich laut einer Allensbach-Umfrage „interessant“, wenn ihre Bank rund um die Uhr erreichbar wäre.

Attacke auf Kunden und Angestellte

Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft sieht kleinere Unternehmen als Verlierer der Bankfusion. Durch die Ausdünnung des Filialnetzes würden die betroffenen Firmen den persönlichen Ansprechpartner bei ihrer Hausbank verlieren.

Die Verbraucherzentrale NRW sieht die Privatkunden nur noch als „lästiges Anhängsel“ des Investmentbanking. Der Trend weg von der persönlichen Beratung zu elektronischen Finanzdienstleistungen wird sich verstärken. Die Beschäftigten in Call-Centern verfügen meistens aber nicht über die Qualifikation und Berufserfahrung langjähriger Angestellter.

Die DG Bank spottet derweil als Spitzeninstitut der Genossenschaftsbanken über die neue Deutsche Bank (Vorstandsvorsitzender Thiemann: „Wir haben weiterhin Bedarf an guten Leuten“) und hält die scharfe Trennung des Privatkundengeschäftes in das Kleinkundensegment der Bank 24 und die vermögende Klientel für den neuen Bankkonzern für einen „grandiosen Fehler“. Die Hamburger Sparkasse wirbt in ganzseitigen Anzeigen um die bisherige Dresdner-Bank-Kundschaft.

Einen großen Schaden richten derartige Fusionen am Arbeitsvermögen der Bankangestellten an. Dabei ist die Masse der „Fusionsopfer“ nicht nur bei den Angestellten zu suchen, die ihre Stelle verlieren, obwohl diese es bei einer Schließung von Filialen im mittelstädtischen Raum schwer haben werden, ohne einen weiträumigen Umzug noch eine

Stelle im Bankbereich zu bekommen, oder alternativ eine komplett neue Berufsausbildung benötigen. Nach einer Untersuchung der Unternehmensberatung Bain & Company Germany aus München müssen in der Regel 30 – 40% (!) der Angestellten im Zuge einer Bankfusion ihren Arbeitsplatz innerhalb des Betriebes wechseln. Unter dem Druck der „Synergie“-Prophezeiungen – sechs Milliarden DM sollen jedes Jahr von 2001 bis 2003 gespart werden gegenüber einmaligen „Restrukturierungskosten“ von ebenfalls 6 Mrd. DM – müssen im Stile der vergangenen Planwirtschaft die entsprechenden Ergebnisse erzielt werden, und wenn zur Not die Stellen über Änderung der vertraglichen Stellung nur vom Personal- in den Sachaufwand wechseln.

Aber danach fragen die Betreiber der Bankfusion nicht, denn die derzeitige Neuaufteilung „der Finanzwelt“, wie die *Wirtschaftswoche* das nennt, die in der nächsten Zeit auf den internationalen Märkten noch weitere Fortsetzungen finden wird, hat ihre Antriebskräfte im wesentlichen in folgenden Entwicklungen:

- In technologischen Umwälzungen, die die Hoffnung auf profitable Investitionen nähren;
- bei großen Mengen an privatem Kapital, ob von gut verdienenden Angestellten direkt oder von Aktien- und Pensionsfonds verwaltet, die nach Anlage suchen;
- damit verbunden einer Schwächung der Rolle der Banken als Finanziers und Kapitalgeber, und eine wachsende Bedeutung des Aktienmarktes für die direkte Finanzierung von Kapitalexpansion, und Firmenübernahmen – für die Banken also: „Investmentbanking“;
- einer Veränderung von Kommunikations- und Zahlungsverfahren durch neue Technologien wie Internet, Homebanking etc., die das klassische Bankfilialgeschäft weniger profitabel machen und zur Rationalisierung treiben;
- was schließlich zusammen genommen die Forderung nach Entflechtung des Bankgeschäftes zwischen und anschließende Monopolbildung in den beiden Bereichen „internationale Investmentbanking“ und Verkauf von „Finanzdienstleistungen aller Art an Privatkunden“ entstehen lässt.

„Gemeinsame Kriegspläne“ betitelte der Spiegel die Fusion von Deutscher und Dresdner Bank, aber der Kursrückgang beider Aktien signalisiert bereits die Forderung der Anleger nach neuen „Kriegszielen“.

gst, chc

Quellen: Financial Times Deutschland, verschiedene Ausgaben vom 9.3. bis 17.3.2000, Dresdner Kleinwort Benson Research, „Deutsche Bank – Erhebliche Wertsteigerung durch Nutzung von Restrukturierungspotential, 24. Juni 1998, Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, „Bündelung der Kräfte: Ein Verbund – eine Strategie“, *Wirtschaftswoche*, Capital, mehrere Ausgaben

Grüne Bundesdelegiertenkonferenz:

Klares Jain zu Panzern

Vom 17. bis 19.3.2000 fand in Karlsruhe die 14. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen statt¹. Die größte Aufmerksamkeit fanden in der Öffentlichkeit die Beschlüsse zu Panzerlieferungen an die Türkei und zur innerparteilichen Strukturreform – vielleicht weil hier die jeweiligen starken Minderheiten noch zarte Reste des alten Slogans „ökologisch – basisdemokratisch – gewaltfrei“ erahnen ließen. Beim Beschluss über den „Atomausstieg“, der das diesbezügliche Regierungshandeln mit großer Mehrheit absegnete, ist dies nicht der Fall.

Die Konferenz fasste einen Beschluss „Keine Panzerlieferungen an die Türkei“, in dem es heißt:

„Bündnis 90/Die Grünen lehnen die im Raum stehende Lieferung von 1000 Leopard-II-Kampfpanzern an die Türkei ab. Ebenfalls wenden wir uns gegen jede Lieferung, die auf Grund scheinbarer Verbesserungen der Menschenrechte in der Türkei zustande kommt.“¹

Das „Ebenfalls“ im Zitat verwirrt auf den ersten Blick. Warum ist man gegen konkrete Panzerlieferungen an die Türkei und „ebenfalls“ gegen jede Lieferung, die auf Grund „scheinbarer“ Verbesserungen der Menschenrechte in der Türkei zustande kommt? Der Indikativ im zweiten zitierten Satz deutet darauf hin, dass die grüne Versammlung vom Zustandekommen entsprechender Lieferungen überzeugt ist, wobei die dafür ins Feld geführten Verbesserungen der Menschenrechtssituation in der Türkei nur dann kein Argument wären, wenn sie nur „scheinbar“ wären. Umgekehrt: Der Beschluss bedeutet, dass Panzerlieferungen in die Türkei in Ordnung sind, wenn sich nicht nur scheinbar, sondern anscheinend die Menschenrechtsslage in der Türkei verbesserte. Für entsprechende amtliche Feststellungen ist das Auswärtige Amt unter Leitung von Außenminister Fischer zuständig. In die Lage, einen Beschluss zu fassen, der bei genauer semantischer Analyse in etwa das Gegenteil von dem bedeutet, was er vorgibt zu bedeuten, kommt man dann, wenn man versucht in einen selbst mitgetragenen Beschluss das Gegenteil von dem hineinzuparaphrasieren, was er tatsächlich bewirkt.

Die rot-grüne Bundesregierung hat neue „Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ beschlossen, die von den Grünen mitentwickelt, befürwortet und vertreten wer-

den und als Plattform für die Ablehnung der Panzerexporte an die Türkei ausgegeben werden. Es heißt in diesen Grundsätzen:

„II. NATO-Länder, EU-Mitgliedstaaten, NATO-gleichgestellte Länder: (= Australien, Belgien, Kanada, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Japan, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, USA; d.V.)

1. Der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in diese Länder hat sich an den Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Bündnisses und der EU zu orientieren. Er ist grundsätzlich nicht zu beschränken, es sei denn, dass aus besonderen politischen Gründen in Einzelfällen eine Beschränkung geboten ist.“³

Grundsätzlich dürfen also Waffenexporte in diese Länder nicht beschränkt werden. Im konkreten Fall wird es um die Prüfung des Einzelfalls gehen, wobei interessant ist, wie sich die Grünen verhalten werden, wenn es zum Dissens mit dem Regierungspartner kommt. Dazu gab es einen Zusatzantrag auf der Konferenz:

„Sollte es zu einem solchen Export von Panzern –auch in verminderter Stückzahl –kommen, muss dies für Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Ausstieg aus der Koalition bedeuten.“ (1)

Die Aufnahme des Passus wurde mit 296 zu 305 Stimmen abgelehnt. Es steht somit fest, dass die grüne Partei einem entsprechenden Waffenexport nicht wirklich im Wege stehen will. Diese merkwürdige Inszenierung von Eiertanz hat der politische Geschäftsführer der Grünen –Reinhard Bütikofer –bereits vor etwa einem Jahr programmatisch in einem Schreiben an die Funktionsträger der Partei entwickelt. Es heißt dort zur Debatte um den Kosovo-Krieg:

„Wenn wir nicht zulassen wollen, dass uns die Partei in der aktuellen Dilemma-Situation weit auseinanderläuft, müssen wir uns zunächst auf allen Seiten dieses innerparteilichen Konfliktes sorgfältig darum bemühen, die Gemeinsamkeiten, die wir haben, zu pflegen und nicht in ein Freund-Feind-Schema zu verfallen. Keine Seite darf mit Recht der anderen vorwerfen, eine Auffassung zu vertreten, die nicht von grünen Grundwerten her begründet werden kann. Nicht nur die Orientierung an der Gewaltfreiheit, sondern auch die Orientierung an der Verteidigung der Menschenrechte gehört zum Kern grüner Identität. (...) Es wird gegenwärtig von außen durchaus versucht, einen massiven Spaltkeil in unsere Partei hineinzutreiben. Von links her tut es z.B. die PDS mit offenkundigem parteitaktischem Interesse. Dem nicht Raum zu geben bedeutet auch, bei hartem Streit in der Sache die innerparteiliche Polemik zu mäßigen.“²



Mit grüner Duldung: Bald deutsche Leopard-Panzer (Bild: im Kriegseinsatz im Kosovo) in den Frontstaat Türkei?

Angesichts der geltenden Programmatik der grünen Partei darf ernsthaft bezweifelt werden, ob die aktive Teilnahme an einem Angriffskrieg, die zumindest billigende Inkaufnahme von Waffenexporten und die offensichtliche Vernachlässigung nicht militärischer Konfliktlösungsansätze in den Rahmen der grünen Grundwerte passt, der z.B. durch folgende Festlegungen abgesteckt ist:

„48) Militärische Gewalt – zumal die mit hochtechnologischen und Massenvernichtungswaffen ausgerüstete – stellt eine generelle Bedrohung dar. Krieg und Kriegsdrohung mit solchen Waffen ist schlimmste, illegitime Gewalt. Deshalb streben wir eine umfassende Abrüstung und Entmilitarisierung der Gesellschaft an und lehnen Krieg als Mittel der Konfliktlösung ab.“ (aus dem grünen „Grundkonsens“) (...)

Die langfristig angelegte antimilitaristische Strategie von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielt darauf ab, Militärbündnisse und nationale Armeen in eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung aufzulösen. Sie muss auch die NATO ablösen und bietet die Voraussetzung für umfassende Abrüstung und die Entmachtung des militärisch-industriellen Komplexes in allen Staaten.

(...) Der Einsatz der Bundesrepublik für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem ist nur glaubwürdig, wenn national und europaweit ein Prozess konsequenter Abrüstung und Selbstbeschränkung bei der Produktion, der Beschaffung und dem Export von Waffen eingeleitet wird. Deutschland muss für eine radikale Abrüstung der NATO eintreten: ...

Deutschland trägt dazu bei, dass Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte weltweit die gewaltsame Austragung von

Konflikten schüren. (...)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tragen militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze nicht mit. Für eine Politik der Friedenssicherung nach Kapitel VI der UN-Charta („peace-keeping“) wollen wir die Schaffung multinationaler Einheiten unterstützen, die der direkten Verfügungsgewalt der Vereinten Nationen und der OSZE unterstellt werden.“ (Bundestagswahlprogramm der Grünen 1998)

Wenn sich die Grünen nicht ändern, haben sie aufgehört, eine Anti-Kriegs-Partei zu sein.

Vielleicht bietet noch die weitere Entscheidung Anlass zu Hoffnung, mit der nämlich eine 2/3-Mehrheit für eine Satzungsänderung nur ganz knapp (mit etwa 60%) verfehlt wurde. Nach der grünen Satzung dürfen Mitglieder des Europaparlamentes, des Bundestages, von Landtagen oder den entsprechenden Exekutivorganen auf den jeweiligen staatlichen Ebenen nicht Mitglied des Bundesvorstandes werden. Eine ausführliche Würdigung dieser Auseinandersetzung würde eine weitere Zeitungsseite benötigen. Immerhin ist dieser bisher und jetzt auch weiterhin gegen die Parteimehrheit durchgesetzte Passus in der Parteienlandschaft der BRD einmalig. Bei CDU, SPD und FDP sind fast alle Mitglieder der Bundesvorstände auch in Regierungen und Parlamenten tätig. Bei der PDS sind es 7 von 16. Bei den Grünen niemand von 6. Wer weiß, wozu das gut ist. tob

Quellen:

- 1 Dokumente und Berichte bei www.gruene.de
- 2 Reinhard Bütikofer: „Aktuelle Information: Grüne Kontroversen um NATO-Intervention in Jugoslawien“; 30.3.99 zitiert nach <http://www.muenster.org/frieden/bueti.html>
- 3 www.bundesregierung.de

Interview mit ELN-Kommandant Pablo Beltrán über den Friedensprozess in Kolumbien

„Die US-Hilfe wird den Krieg eskalieren lassen“

Von Raul Zelik

(Caracas, 22. März 2000, npl). - Seit einigen Monaten verhandelt Pablo Beltrán, Kommandant der ELN, die zweitgrößte Guerilla-Organisation Kolumbiens ist, mit der Regierung von Andres Pastrana über die Demilitarisierung eines Gebietes in Nordkolumbien, in dem die 1998 in Deutschland vereinbarte Nationalkonvention zwischen kolumbianischer Gesellschaft und ELN stattfinden soll. Mitte März signalisierte die Regierung erstmals ihre Bereitschaft zu dieser Demilitarisierung. npl sprach in der venezolanischen Hauptstadt Caracas mit Beltrán.

npl: Die Gespräche zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-Guerilla, der größten Rebellenorganisation des Landes, scheinen recht weit gediehen zu sein. Es gab zuletzt sogar eine gemeinsame Europareise. Die ELN hingegen hat zwar vor fast zwei Jahre in Deutschland mit verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren Kolumbiens die Abhaltung einer Nationalkonvention vereinbart, aber ist seitdem nicht recht weitergekommen. Woran lag das?

Beltrán: Unserer Meinung nach sollte der Friedensprozess durch die aktive Beteiligung der Gesellschaft charakterisiert sein, was wir durch eine Nationalkonvention erreichen wollen. Für ein solches Treffen brauchen wir einen Ort, an dem die Sicherheit der Anwesenden gewährleistet ist. In den letzten zwei Jahren haben wir deshalb versucht, mit der Regierung die Demilitarisierung eines kleinen Gebietes auszuhandeln. Diese Gespräche sind inzwischen weit fortgeschritten. Teile der Regierung sind jedoch mit einer Räumung nicht einverstanden. Insgesamt zeigte die Regierung lange Zeit überhaupt kein Interesse an der Durchführung der Konvention, weil sie befürchtete, dass diese sich in ein kritisches Forum verwandeln könnte. Es folgte der Abbruch der Kontakte. Erst im Oktober haben wir die Gespräche wieder aufgenommen.

An der geplanten Nationalkonvention sollen etwa 300 Delegierte verschiedener gesellschaftlicher Gruppen teilnehmen: Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Parteien, Gremien. Wäre das nicht erneut ein Treffen der politischen und sozialen Eliten?

Beltrán: Wir werden dafür sorgen, dass

die Mehrheit der Delegierten aus solchen Organisationen stammt, die die verarmte Bevölkerungsmehrheit repräsentieren. Zum anderen besteht die Konvention nicht nur aus den Delegiertentreffen. Jeder der sechs Themenblöcke soll von einem Forum vorbereitet werden, zu dem wir die Betroffenen einladen. Es wird also zwischen den Konventionsveranstaltungen permanente Gesprächsrunden geben.

npl: Was würde mit den auf der Nationalkonvention getroffenen Beschlüssen geschehen?

Beltrán: Die Beschlüsse der Konvention werden die inhaltliche Grundlage für die weiteren Gespräche zwischen Regierung und Guerilla darstellen. Außerdem ist zu hoffen, dass die an der Konvention beteiligten Gruppen die Beschlüsse zu ihrem eigenen Programm machen.

npl: Wie sehen Sie den Verhandlungsprozess der FARC, der schon sehr viel weiter zu sein scheint?

Beltrán: Die Ziele, die die FARC verfolgen, sind unseren sehr ähnlich. Bisher haben sich die FARC auf Verhandlungen mit dem Staat konzentriert. In den letzten Wochen jedoch gab es eine stärkere Beteiligung auch anderer gesellschaftlicher Sektoren. In der Praxis können die beiden Verhandlungsprozesse durchaus zusammen kommen.

npl: Im US-Kongress wird im Augenblick über den ‚Plan Colombia‘ debattiert, d.h. einer US-Hilfe in Höhe von 1,6 Milliarden Dollar. Was würde die Bewilligung in Kolumbien verändern?

Beltrán: Der in den USA entwickelte Plan hält an einer Politik fest, von der sich immer mehr Menschen, laut Umfragen auch in den USA zwei Drittel der Befragten, abwenden: einer Drogenbekämpfung, die sich vor allem gegen Kleinproduzenten richtet. Der ‚Plan Colombia‘ stützt sich fast ausschließlich auf Militärhilfe. Ganze zehn Prozent des Finanzpakets, das im Moment im US-Kongress diskutiert wird, ist für die Förderung von alternativen Anbaumöglichkeiten zum Koka vorgesehen.

Das dritte große Problem des ‚Plan Colombia‘ ist, dass unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung riesige Waffenarsenale nach Kolumbien geschafft werden. Diese wiederum werden zur Bekämpfung der Guerilla eingesetzt. Die Absegnung des ‚Plan Colombia‘ im US-Kongress könnte schnell zu so etwas werden wie die Entscheidung Präsident Johnsons 1963 bezüglich Vietnam. Der Krieg in Kolumbien würde eskalieren.

npl: Es ist allgemein bekannt, dass die kolumbianischen Paramilitärs tief im Drogengeschäft stecken. Der Paramilitär-Kommandant Carlos Castaño gilt

gar als neuer Chef des Medellín-Kartells. Die Paramilitärs wiederum unterhalten nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch enge Verbindungen zur Militärspitze. Wie erklären Sie, dass die US-Regierung ausgerechnet in Zusammenarbeit mit dieser Armee den Drogenanbau bekämpfen will?

Beltrán: Die US-Militärakademie behauptet, dass es in Kolumbien drei Kriege gebe: einen der Drogenkartelle, einen zweiten der Paramilitärs und einen dritten der Guerilla. Diese Darstellung dient jedoch nur dazu, die Öffentlichkeit zu verwirren. In Wirklichkeit gibt es im kolumbianischen Bürgerkrieg nur zwei Kriegsparteien. Auf der einen Seite steht die Guerilla, auf der anderen der Staat, der von drei Seiten gestützt wird: von den USA, von der Armee und von den Drogenkartellen, die die paramilitärischen Gruppen finanzieren.

Die US-amerikanische Ultrarechte, die im Pentagon, der CIA und der US-Drogenbehörde DEA stark ist, hat ein Bündnis mit den Paramilitärs geschlossen. Castaño darf Drogen exportieren und erledigt im Gegenzug die schmutzigen Geschäfte der Armee. Wie sonst könnte man erklären, dass die Koka-Laboratorien und Flugpisten in der Region von Urabá niemals bombardiert worden sind und dass es dort keine Militäroperationen gegen die Koka-Produktion gibt?

Anzeige

LAND & FREIHEIT

Nr. 45/46, Feb. 00
Aus dem Inhalt:

Mexiko	2
CHAM produkt	2
Kurzmeldungen	6
Hintergrund	6
Politik und Raub	8
Gekassien	13
120 Jahre Prochpantilla	13
Schnee	23
Impressum	23
Verbreitung	24

NACHRICHTEN ZU CHIAPAS UND MEXICO

Protestdemo gegen die Uniräumung in Mexiko-Stadt

Land und Freiheit – Nachrichten zu Chiapas und Mexiko gibt es seit 1995; seit einem Redaktionswechsel im August 1998 ist sie ein Projekt des Bundestreffens der Chiapas-Gruppen in der BRD.

Land und Freiheit kostet für drei Ausgaben 11,50 DM. Sie erscheint ca. zweimonatlich. Bestellungen bei: GNN-Verlag
Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg
Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21, Email: gnn-hhsh@otelo-online.de



Die USA und Indien haben beim Staatsbesuch von US-Präsident Clinton eine engere Partnerschaft vereinbart. Clinton und der indische Ministerpräsident Vajpayee unterzeichneten in Dehli eine gemeinsame Erklärung über die Grundsätze der Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert. So vage wie der Titel der Erklärung klingt, so vage sind die übrigen Ergebnisse der Clinton Reise. Ziel der Reise Clinton war, die Atommächte Pakistan und Indien stärker unter die Fuchtel der USA zu nehmen und auf Dauer deren Atomwaffenpotential zu eliminieren. Zum anderen sollte Indien in den politischen und militärischen Einkreisungsfeldzug gegen die VR China eingebunden werden, den die USA nun schon seit einigen Jahren aufbaut. Nicht nur bei den Offiziellen stieß Clinton auf Schwierigkeiten. Auf Demonstrationen gegen den Clinton-Besuch in Indien, aufgerufen von sozialistischen und kommunistischen Organisationen, hieß es: „Geh nach Hause, Indien ist nicht zu kaufen.“

Proteste zum EU-Gipfel in Lissabon

Die Kommentatoren sind sich einig: Auf dem außerordentlichen Treffen des Europäischen Rates am vergangenen Donnerstag und Freitag in Lissabon konnte Großbritanniens Ministerpräsident Tony Blair seine Linie in fast allen Fragen durchsetzen. Unter der Moderation des amtierenden Ratsvorsitzenden und portugiesischen Ministerpräsidenten António Guterres drängten sich insbesondere Italiens Regierungschef Massimo D'Alema (DS) und Spaniens konservativer Regierungschef José Maria Aznar (PP) an die Spitze der neoliberalen Offensive. Konkret bedeutet das: Deregulierung und Privatisierung des Öffentlichen Dienstes. Bereits im kommenden Jahr sollen die europäischen Telekommunikationsmärkte vollständig privatisiert sein. Frankreichs Ministerpräsident Lionel Jospin (PS) zierte sich ein bisschen wegen des überschnellen Verscherbels von öffentlichen Transport-, Wasser-, Elektrizitäts- und Gasunternehmen. Zieren musste er sich auch, denn in Frankreich steht er erneut unter Druck: Besonders die Beschäftigten im Gesundheitsbereich verleihen ihren Forderungen derzeit durch Streiks und Demonstrationen Nachdruck. Aber auch in Lissabon machten Gewerkschaften und Linksparteien während des Gipfeltreffens deutlich klar, dass ein Europa des Neoliberalismus auch auf entschiedene Gegenwehr stößt. Am Donnerstag legten die Straßenbahn- und Busfahrer den Ver-

kehr in der Hauptstadt für Stunden lahm. Zur gleichen Zeit organisierte der kommunistische Gewerkschaftsverband CGTP eine machtvolle Demonstration unter dem Motto „Für ein soziales Europa der Vollbeschäftigung“ vor den Toren des EU-Konferenzentrums. Zwei Stunden dauerte es, bis die mehr als 50 000 Demonstranten friedlich, aber lautstark vorbeigezogen waren. Gewerkschafter aus allen Teilen des Landes nutzten die Gelegenheit, um ihren Ministerpräsidenten zuzurufen, was sie von seiner Politik halten: „Guterres – Abzocker und Dieb. Freund der Bosse!“ war der Hauptslogan. (Quelle: Junge Welt)

Paris: Anhaltende Proteste

200 000 bis 250 000 Menschen drückten am 16. März auf Frankreichs Straßen ihre soziale Unzufriedenheit aus. Den größten Teil unter ihnen bildeten die Beschäftigten im Erziehungs- und Bildungswesen, von Kindergärtnern bis zu Universitätsprofessorinnen. Sie demonstrierten für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Bildungswesen, gegen die Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen und Zeitverträgen in diesem Sektor und für zusätzliche öffentliche Mittel. Gleichzeitig befanden sich rund 800 000 Lehrkräfte der öffentlichen Schulen im 24-stündigen Ausstand. Der sozialdemokratische Bildungsminister Claude Allègre ist dabei, eine „Reform“ einzuführen, die den zunehmenden Auswirkungen so-

zialer Probleme wie Arbeitslosigkeit und zerrüttete Familien auf die Schulen und der daraus resultierenden, verminderten Lernfähigkeit vieler Schülerinnen und Schüler Rechnung tragen soll. Die Reform soll aber „bei konstantem Mittelaufwand“ erfolgen. Dagegen laufen die fünf bedeutendsten Gewerkschaften im Bildungswesen seit Monaten Sturm, unterstützt von Elternvereinigungen, die für zusätzliches Lehrpersonal demonstrieren. Premierminister Lionel Jospin hat am 23.3. eine Milliarde Francs zusätzlicher Mittel freigegeben, aber zugleich 40 Mrd. FF an Steuersenkungen verkündet, die ihm v.a. in den Mittelschichten wahlpolitische Popularität verschaffen sollen. Insgesamt waren im laufenden Haushaltsjahr 50 Mrd. Steuerüberschuss zu verteilen. (Quelle: Jungle World)

Tote Luft über Jugoslawien

Die Methoden von Nato und jugoslawischer Bundesregierung“, kommentierte Radio TV Kraljevo am vergangenen Samstag sarkastisch, „mögen sich unterscheiden. Ihr Ziel ist dasselbe: Die unabhängigen Medien zum Schweigen zu bringen.“ Der Kommentar wurde nicht gesendet, sondern nur per Fax verbreitet: Kurz zuvor hatten Beamte des Ministeriums für Telekommunikation die Sendeanlage beschlagnahmt, weil der Sender nicht über die nötige Lizenz verfüge. Im Juni vergangenen Jahres hatte RTV Kraljevo schon einmal den Sendebetrieb einstellen müssen: Damals hatte eine Nato-Bombe den Sender getroffen. Der neue Schlag ist Teil einer Repression gegen oppositionelle Medien in Jugoslawien, die mit einem drakonischen Mediengesetz im Herbst 1998 ihren Anfang nahm und im Februar in Morddrohungen des Ultranationalisten Vojislav Seselj gegen unabhängige Journalisten ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Am Sonntag protestierten nach Angaben des unabhängigen Belgrader Radiosenders B2-92 in Kraljevo 12 000 Menschen gegen die Sender-Schließung. (Quelle: Jungle World)

Chile: Jugendorganisationen machen gegen Nazikongress mobil

(Santiago, pulsar-Poonal). In dem „Breiten Bündnis für Toleranz und Frieden“ zusammengeschlossene Jugendorganisationen haben die neu eingesetzte Regierung von Ricardo Lagos und die katholische Kirche aufgefordert, sich öffentlich gegen den vom 16. bis 22. 4. geplanten Nazikongress zu äußern und ihn zu verhindern. In dem Bündnis sind jugendliche aus den politischen Parteien, aus der Kommission für Jugendrechte, dem Studentenverband und aus der Jüdischen Jugend Chiles vertreten. Am 1.4. soll ein großes Anti-Nazifestival veranstaltet werden. Zusammenstellung: hav

MANNHEIM. Über 600 kurdische Menschen beteiligten sich an der vom Kulturzentrum Kurdistans angemeldeten Newroz-Demonstration am 20. März. Vom Marktplatz ging es über die Kurpfalzbrücke zum Neuen Messplatz, wo eine Kundgebung stattfand. Danach begann die eigentliche Feier mit Musik, Tanz und dem Entzünden eines großen Feuers. Grussworte wurden gesprochen von Vertretern deutscher Organisationen: Matthias Kohler für das Friedensplenum Mannheim; Reinhard Gebhard, der eine Erklärung des PDS-Bundestagsabgeordneten W. Wolf verlas; Egon Knapp für die VVN/Bund der Antifaschisten; Johannes Peltzel für den Kreisvorstand der Grünen und Haru Schuh als Mitglied des Bündnisses gegen Abschiebung. Tags darauf versammelten sich auf der Maulbeerinsel am Neckar mehrere hundert kurdische Menschen, um der zwei kurdischen Frauen Rohnani und Beriwan zu gedenken, die sich an Newroz 1994 aus Protest gegen den Krieg in Kurdistan und aus Protest gegen die deutsche Repression selbst verbrannten. scr



Zweiter Ratschlag am 14./15. April zur Kontrolle der int. Finanzmärkte

HANNOVER. Am 22. Jan. wurde in Frankfurt/Main die Gründung eines Netzwerks für die demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte eingeleitet. Beim 2. Ratschlag am 14./15. April in Hannover sollen die Ziele genauer umrissen werden. Am Freitag, 14.4. ab 15 Uhr findet ein „Studiennachmittag“ statt, auf dem zwei Themenbereiche aus der Vielzahl möglicher Ansatzpunkte für eine Regulierung der Finanzmärkte zur Diskussion stehen; die Tobin-Steuer und die Offshore-Zentren. Der Samstag, 15.4. (10.30-17 Uhr) steht dann ganz im Zeichen erster Aktionsvorschläge und Strategien für eine mögliche Finanzmarktkampagne. Infos über: Share, Jutta Sundermann, Ökozentrum, 27283 Verden/Aller, Tel.-Nr. 04231-957322, Fax: 957400, e-mail: sundermann@share-online.de

50 Tagessätze je 150 DM gegen FU-Professor wegen Desertionsaufruf

BERLIN. Professor Dr. Wolf-Dieter Narr, der an der Freien Universität Berlin lehrt, ist am 23. März vom Amtsgericht Berlin-Tiergarten zu einer Geldstrafe von 50 Tagessätzen je 150 DM verurteilt worden. Dies ist bisher die höchste Strafe in der Prozesslawine gegen die UnterzeichnerInnen des in der taz veröffentlichten Aufrufs gegen den NATO-Krieg gegen Jugoslawien. 6 Verurteilungen stehen 22 Freisprüchen gegenüber. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Eisenbach, sah in Prof. Dr. Narrs Unterzeichnung eines Aufrufs zur Fahnenflucht und Gehorsamsverweigerung grundsätzlich eine Straftat. Daher spiele eine völkerrechtliche Einordnung und die Rechtmäßigkeit dieses Krieges auch keine Rolle. Seiner Ansicht nach gab es kein Erfordernis, zu dieser Straftat aufzufordern, da in einer Demokratie andere Möglichkeiten für Meinungsäußerungen

existieren. Ebenso sei zu würdigen, dass von Seiten des Angeklagten kein Verbotswort vorlag, da er sich seiner strafbaren Handlung sehr wohl bewußt war. Dem folgte die Richterin weitgehend, sie verurteilte zu 50 statt der geforderten 75 Tagessätzen, da der Aufruf zur Gehorsamsverweigerung begrenzt mit der Meinungsfreiheit des Angeklagten gedeckt sei. Das zweistündige Plädoyer von Prof. Dr. Narr drang bei ihr nicht durch. Er führte aus, dass die Menschenrechte für alle verbindlich festgeschrieben sind und nicht nach Gutdünken ausgelegt oder instrumentalisiert werden können und forderte für sich einen qualitativen Freispruch, der sich nicht auf die Meinungsfreiheit stützt: ... „Das Urteil sollte im Gedenken der Opfer, und zwar vor allem der Kinder gefällt werden“, die unter den Kriegsfolgen noch Jahrzehnte zu leiden haben. Der Verurteilte wird Berufung einlegen und kündigte an, die Auseinandersetzung mit den Handlungen der Bundesregierung im ersten deutschen Angriffskrieg seit 1945, wenn nötig, bis zum Verfassungsgericht zu betreiben.

www.kampagne.de



Anzeige zum Jahrestag des NATO-Kriegs

KASSEL. Die vom 6. Friedensratschlag initiierte Anzeige zum Jahrestag des NATO-Krieges gegen Jugoslawien haben fast 300 Einzelpersonen und mehr als 100 Organisationen unterzeichnet. Sie erschien am 24. März in der Frankfurter Rundschau sowie im ND, in der jungen welt und im Freitag unter der Hauptlosung: „Wirtschaftsembargo aufgeben – Kriegsschäden beseitigen.“ Weitere Spenden dafür erwünscht: Kto. 065508, BLZ 520 503 53. Der friedenspolitische Ratschlag hat auch eine ausführliche Erklärung zum 1. Jahrestag des NATO-Kriegs veröffentlicht, sie ist zu finden bei: www.uni-kassel.de/fb10/frieden

Zweiter Anlauf für ein Demokratievolksbegehren in Thüringen

ERFURT. Dem Bündnis zur Verbesserung von Volksbegehren gehören 20 Organisationen an. Es will die Hürden für ein Volksbegehren von 14% auf 5% senken. Doch die Thüringer Landtagspräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) lehnte den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens ab, den die Initiative am 11. Januar 2000 gestellt hatte. Ihre Gründe: Die Unterschriften seien „Oberschriften“ (da am oberen Rand des Bogens erfolgt, aber nach unten gehörten), die Begründung sei zu kurz, außerdem die Kopplung von Verfassungsänderung und Änderung eines einfachen Gesetzes juristisch fragwürdig. Der Trägerkreis hat nun entschieden, einen 2. Anlauf zu starten. Von Mitte April bis Mitte Mai sollen die notwendigen 5000 Unterschriften gesammelt werden. www.mehr-demokratie.de

Zwei getrennte Volksbegehrenstermine zum gleichen Thema

MÜNCHEN. Innenminister Beckstein hat nicht nur gerichtlich durchgesetzt, dass ein beantragtes Volksbegehren in zwei Volksbegehren getrennt werden mußte, nein, er verfügte auch noch, dass diese beiden zu zwei verschiedene Terminen stattzufinden haben. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof lehnte eine Klage dagegen am 24. März ab. Das Volksbegehren „Macht braucht Kontrolle: Für ein unabhängiges Verfassungsgericht in Bayern“ soll vom 9. bis 22. Mai stattfinden, und vom 25. Mai bis 7. Juni würden die Listen für das 2. Begehren „Macht braucht Kontrolle: Für eine demokratische Richterwahl in Bayern“ ausliegen. „Die Entscheidung ist so ungewöhnlich, dass sich auch zwei Verfassungsrichter mit einem völlig ungewöhnlichen Sondervotum davon distanzieren“, kommentiert das Bündnis. Es will jetzt das 2. Begehren zurückziehen. baf

Schönbohm setzt sich durch

BERLIN. Wie Brandenburgs Innenminister Schönbohm (CDU) mitteilte, wird unter der Losung „Sicherheitsoffensive Brandenburg“ ein Landespräventionsrat aufgebaut, der vom Kabinett bestätigt wurde. Nach Schönbohm wird der Rat Initiativen gegen örtliche Kriminalität unterstützen. Aufgebaut werden Arbeitsgruppen „Kinder- und Jugendkriminalität und Gewaltdelinquenz“, „Drogen“, „Kommunale Netzwerke“ und „Opferschutz- und -hilfe“. Ein Schwerpunkt der Arbeit des Rates wird auch der „Linksextremismus“ werden. Schönbohm sieht sich mit diesem Beschluss am Ziel seiner Wünsche, die darauf hinaus laufen, das existierende Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit „überflüssig zu machen“, wie der PDS-Abgeordnete Michael Schumann diese Aktivitäten Schönbohms charakterisiert. Seit geraumer Zeit arbeitete Schönbohm darauf hin, die Bekämpfung des Linksextremismus zu einem ständigen Thema im Aktionsbündnis, dem die unterschiedlichsten Organisationen, Verbände und Vertreter der Regierung angehören, zu machen. Das war auf entschiedenen Widerstand im Bündnis gestoßen, weil damit „die Probleme des Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Brandenburg tendenziell“ verharmlost würden, so der Vorsitzende des Aktionsbündnisses Leopold Esselbach. Ebenso Brandenburgs Grüne lehnen die Gleichsetzung zwischen beiden Erscheinungen ab. „Die reale Gefahr geht vom gewaltbereiten Rechtsextremismus aus“. Der Kampf gegen Rechts dürfte nicht „ausgefranst“ werden. *ade*

Sachsen und Thüringer gegen Rechts

GERA/ERFURT/RIESA. Antifas in Sachsen und Thüringen gingen in den letzten Tagen und Wochen verstärkt auf die Straße, um Front zu machen gegen zunehmende Aktivitäten rechter Kräfte.

In Erfurt waren es rund 2000 Antifaschisten, die gegen die jüngsten Aufmärsche der Neonazis in Gera und Erfurt protestierten. Der mehrstündige Marsch der Antifaschisten durch Erfurt erhob auf Kundgebungen die Forderung, dass Thüringen ein Programm gegen Rassismus erarbeitet. Vom CDU-Innenminister Köckert wurde gefordert, umgehend die Flüchtlingspolitik des Landes zu revidieren. Die Demonstranten verwahrten sich gegen die Gleichsetzung von Antifaschisten und Neofaschisten als linke und rechte Extremisten.

In Gera demonstrierte ein antifaschistisches Bündnis gegen Aktivitäten rechter Kräfte. Diese führten schon das zweite bundesweite Treffen gegen ein neu eingerichtetes Asylbewerberheim durch. Stadtverwaltung und Justiz erklärten sich außerstande, gegen die Treffen Schritte einzuleiten. Das antifaschistische Bündnis forderte nun konsequente

Maßnahmen gegen die rechten Aktivitäten. Dem Bündnis gehören Mitglieder der PDS, der Bündnisgrünen, der Gewerkschaften und Antifagruppen an. Der Thüringer Flüchtlingsrat stellte Strafanzeige gegen die NPD, weil sie ein Flugblatt verteilte, in dem politische Flüchtlinge verteufelt wurden.

Ein Bündnis gegen Rechts veranstaltete in Riesa (Sachsen) eine Demo mit etwa 800 Teilnehmern gegen einen NPD-Verlag, der sich mit Hilfe eines NPD-Stadtrates in dieser Stadt angesiedelt hat. Die Demonstranten forderten den Stadtrat auf, alle politischen und juristischen Mittel gegen den Verlag auszuerschöpfen. Die Demo wurde vom sächsischen Landesverband des DGB unterstützt. *abe*



Rassismus hat einen Namen: Wolff

EUSKIRCHEN. Etwa 50 UnterstützerInnen vorwiegend aus Köln haben Mitte März vor und in der Kreisverwaltung Euskirchen protestiert. Der aktuelle Anlass war die Abschiebung einer sehr aktiven kurdischen Familie aus dem Wanderkirchenasyl. Die Ausländerbehörde Euskirchen hatte diese Abschiebung in die Türkei mit langer Hand vorbereitet und die Familie am Morgen mit der Polizei in der Asylbewerberunterkunft überrascht und abgeführt. Der Abschiebeflug für den nächsten Tag war bereits gebucht. Die Abschiebung von Fatma Bag konnte im letzten Augenblick noch verhindert werden. Ihr Eilantrag beim Aachener Verwaltungsgericht wurde positiv entschieden. Kurz vor dem Start der Maschine nach Istanbul teilten ihr BGS-Beamte mit, Fatma Bag könne in der BRD bleiben. Vater und Kinder dagegen wurden abgeschoben. Nicht genug damit, begann die Ausländerbehörde gegenüber der Presse die Familie Bag zu diffamieren und Lügen in die Welt zu setzen. Dagegen wollte sich Fatma Bag auch wehren. Gemeinsam mit dem Euskirchener Flüchtlingsrat und dem Ökumenischen Netzwerk Asyl in der Kirche forderte sie die Verantwortlichen zum Gespräch auf. An Kreisdirektor Metz prallte jegliche Kritik ab. Menschlichkeit fordere er von den Demonstranten vor der Kreisverwaltung, die den Leiter der Ausländerbehörde,

Wolff, persönlich angreifen würden. Dieser Mann leiste hervorragende Arbeit in einem sehr sensiblen Bereich. „Rassismus hat einen Namen: Wolff“ prangte bis zum frühen Nachmittag am Eingang der Euskirchener Kreisverwaltung. Die Parolen, das Flugblatt und das Eintreten gegen die rassistische Normalität in Euskirchen ermutigte unmittelbar auch einen Flüchtling, sich gegen Beamte zur Wehr zu setzen. Die Beamten dieses „sensiblen Apparates“ waren sichtlich verunsichert ob der Störung ihrer einwandfrei funktionierenden Abschiebep Praxis und Abschreckungspolitik, die z.B. darin besteht, Flüchtlinge mit absurd kurzfristigen Duldungen immer wieder in die Behörde zu zwingen. *Lokalberichte Köln*

Sternmarsch für bessere Bildung

BERLIN. 40 000 Demonstranten in Berlin bekundeten am 11. März ihre Unzufriedenheit mit der Bildungspolitik des Berliner Senats. Es war eine der größten Demonstrationen, zu der die „Elterninitiative Aktion Bildung“ aufgerufen hatte. In sieben Zügen waren Eltern, Lehrer und Schüler sternförmig vor das Rote Rathaus in Berlin gezogen. Der Bildungssenator Klaus Böger (SPD) ließ sich nicht sehen. Die Kritik richtete sich gegen den massiven Unterrichtsausfall. Nur CDU und SPD hatten nicht zur Teilnahme an der Aktion aufgerufen. Wie auch: Die verfehlte Politik ist Sache des rot-schwarzen Senates. Alle Redner betonten, dass es um die Zukunftsperspektive der Stadt geht und Sparpolitik auf dem Gebiet der Bildung ernste Gefahren für die Entwicklung des Landes schafft. Einfallstreue prägte die Demonstration: „Wir schreiben immer klöger, Dank Bildungs-senator Böger“ oder „Alles wirt gut, wier prauchen geine Lärer“.

Der Vorsitzende der Landes-GEW, Ulrich Thöne, erneuerte seine Kritik an der geplanten Arbeitszeitverlängerung für Lehrer. Statt ältere Pädagogen stärker zu belasten, müssten 1600 jüngere eingestellt werden. Die Forderungen der Demonstranten wurden nach Luthers Vorbild an die Tür des Roten Rathauses genagelt. Die Initiative sammelte 14000 Unterschriften, womit sie nachdrücklich ihre Forderungen unterstrich: „Berlin braucht keine Zwergschulen!“ *abe*





Straßenordnung Die Bundesrepublik bezeichnet sich als sozialen Rechtsstaat mit sozialer Marktwirtschaft. Die Armut auf den Straßen der grossen Städte passt nicht ins Bild. Gut-situierte Bürger empfinden die Konfrontation mit der Armut als Angriff, die Obrigkeit soll sie vor der Belästigung schützen. Und wirklich: Bettel ist nicht nur Klage, sondern auch Anklage und angeklagt zu sein ist eine Last. Die Anti-Bettel-Verordnungen sollen nicht nur die Armut unsichtbar machen, sondern die Anklage stumm. Soziale und solidarische Politik will, dass die Gesellschaft der Anklage ausgesetzt bleibt, um Mehrheiten für Massnahmen zur Abhilfe zu gewinnen.

Köln

Untersagt ist insbesondere auch ...

Der Arbeitskreis „Umbruch“, ein Zusammenschluss von Einzelpersonen aus den Hilfeinrichtungen für Wohnungs- und Arbeitslose bzw. der Treber- und Junkieszene, hat sich aufgrund konkreter Ereignisse häufig mit den Auswirkungen der Kölner Straßenordnung beschäftigt. Die Besucherinnen der obengenannten Einrichtungen gehören dem Personenkreis an, der in großem Maße abhängig ist von einem Aufenthalt auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen. An diesen Orten bzw. auf diesen Plätzen haben sie ihren „gewöhnlichen“ Aufenthalt, betteln zum Beispiel und wissen, dass sie dort Freunde und Bekannte treffen, mit denen sie kommunizieren können. Dies belegt auch die Studie der Katholischen Fachhochschule Köln. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass ein solcher Aufenthalt für diese Menschen ein wichtiges Stück sozialen und kulturellen Lebens ist, was unbedingt erhalten bleiben muss.

Im § 13 der Kölner Straßenordnung heisst es: „Lärmen, Betteln und störender Alkoholgenuß auf öffentlichen Straßen,

Wegen und Plätzen ist verboten. Verstöße hiergegen werden ordnungsbehördlich mit Platzverweisen und/oder Bußgeldern geahndet.“

Wir, die Mitglieder des Arbeitskreises „Umbruch“, sind der Meinung, dass § 13 der Straßenordnung rechtswidrig und somit unhaltbar ist und begrüßen es, dass die Verwaltung aufgrund zweier Beschlüsse des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg in ihrer Mitteilung an den Hauptausschuss des Rates vom 7.6. 1999 empfiehlt, die Satzung dahingehend zu ändern, dass das „stille Betteln“ auf öffentlichen Straßen und Plätzen ordnungsbehördlich nicht mehr geahndet werden soll. Vorgesehen werden soll jedoch weiterhin gegen „aggressives Betteln“. Aus den Erfahrungen, die die einzelnen Teilnehmerinnen in ihren Einrichtungen machen, möchten wir darauf hinweisen, dass eine solche Einschränkung zu Mißverständnissen, Ungerechtigkeiten und Verärgerungen führt, da es keine genaue Definition des Begriffes „aggressives Betteln“ gibt. Für den Fall,

Der Politik auf die Finger geschaut

KÖLN. Mit der Mehrheit von FDP, SPD und CDU wurde gegen die Stimmen von Bündnis '90/die Grünen und PDS in der Ausschusssitzung für öffentliche Verwaltung der neuen Straßenordnung zugestimmt. Die Stadt war vom Land aufgefordert worden, ihre bisherige Praxis im Umgang mit Obdachlosen, Berbern und Straßenkünstlern in der Kölner Innenstadt neu zu überdenken. Konkret ging es darum, der rechtswidrigen Vertreibungs-politik unter dem Begriff „Aggressives Betteln“ ein Ende zu bereiten, um sich wieder auf dem Boden der Rechtsstaatlichkeit zu bewegen. Im Vorfeld hatten verschiedene Klagen von enteigneten und willkürlich des Platzes verwiesenen Obdachlosen und Künstlern die neue Straßenordnung ins Rollen gebracht. Als erste Sofortmaßnahme wies das Landesinnenministerium in Düsseldorf die Kölner Polizei an, dem Ordnungsamt keine Rechtsbeihilfe mehr unter dem Begriff das „Aggressiven Bettelns“ zu leisten. Nun wird der Öffentlichkeit trickreich eine überarbeitete, vermeintlich liberalere Straßenordnung präsentiert, die in ihrer gesamten Anlage das genaue Gegenteil dessen beabsichtigt, was vom Gesetzgeber gefordert war. Dies führt zu einer massiven Verschärfung des Konflikts zwischen der Stadt, den Wohlfahrts-, und Sozialverbänden, sowie Obdachloseninitiativen und Künstlern im Namen der mittellosen Bürger. Sollte diese Entscheidung im Rat bestätigt werden, sind

weitere Klagen abzusehen, die dem Image der Stadt schaden dürften. Neben so absurden Inhalten, die zum Beispiel „lautes Rufen“ und das bloße Mitführen eines Hundes in den Bereich des unzulässigen Bettelns rücken, besteht der eigentliche Skandal dieser Sitzung jedoch in der Tatsache, daß im Vorfeld eine Konsultation von Fachleuten der Polizei und Sozialverbände mehrheitlich abgelehnt wurde. Ein Antrag der PDS zu einem entsprechendem Gesprächsangebot mit dem Verband kritischer Polizisten und den Obdachloseninitiativen wurde von SPD, FDP und CDU überstimmt. Seit Jahren fordern derweil die Sozialverbände eine integrative Sozialpolitik, die durch eine fachlich fundierte Kooperation der Stadtverwaltung abgestützt wird, um die Obdachlosen erfolgreich zu resozialisieren. Mit der Ablehnung dieses Gesprächsangebotes – im Kontext mit einem weiteren sinnlosen Versuch restriktiver Vertreibungs-politik – hat sich mehrheitlich der Verwaltungsausschuß den anwesenden Künstlern, Bürgern, Juristen und Sozialarbeitern als erschreckend inkompetent präsentiert. Polemische Äußerungen von Vertretern der CDU zu Lasten von Mittellosen am Rande der engagiert auftretenden Redner der PDS und Bündnis '90/Die Grünen offenbarten einigen Wenigen die eigentliche Intention der vornehmlich gut situierten älteren Herren. Der Versuch der Stadtverwaltung, die bisherige Praxis als

dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet ist, verfügt die Polizei über ausreichende Möglichkeiten des Eingreifens.

Für die Mitglieder des Arbeitskreises „Umbruch“ ist es selbstverständlich, dass die Stadt Köln die Sorgen und Ängste ihrer Bürgerinnen ernst nimmt und denen gerecht wird. Dieses Bemühen sollte aber auch die Existenzängste unserer Besucherinnengruppen einschließen, zumal diese, wie die Studie der Katholischen Fachhochschule belegt, überwiegend Kölner Bürgerinnen sind.

Wir bitten die Arbeitsgemeinschaft folgendes Votum an den Rat der Stadt zu beschließen: Aus dem § 13 der Straßenordnung sind zu streichen:

„... Diese Anlagen und Einrichtungen dürfen nur bestimmungsgemäß genutzt werden. Insbesondere ist das Benutzen als Lager- und Schlafplatz verboten. Untersagt ist insbesondere auch das Lärmen, Betteln und störender Alkoholgebrauch“.

Gez. Dieter Breuer, Evelyne Kiffer, Prof. Hans Holm, Rolf Bünger, Thomas Münch, Christian Mathis, Dr. Alexa Weißmüller, Rosi Herting, Norbert Reicherts

rechtmäßig und einvernehmlich mit den Straßenkünstlern darstellen, um einen Antrag der Grünen für eine neue Straßen-Kunst-Ordnung abzuschmettern, klang in den Ohren anwesender Betroffener wie blanker Hohn. Willkür und nachweislicher Rechtsbruch mit entsprechenden Verfahren bestimmen die Praxis in der Innenstadt zu Gunsten weniger Privilegierter. Dies wird sich ohne eine entsprechende rechtsverbindliche Strassen-Kunst-Ordnung auch nicht ändern, da nun per Definition theoretisch sogar ein herumstehender Gitarrenkoffer schon als nötiges Betteln ausgelegt werden kann. ... Somit wird dem geforderten Ermessensspielraum von Seiten der Verwaltung in der Praxis später bewußt wieder die selektive Willkür folgen, um rechtsstaatlichen Widerspruch zu vermeiden. Vornehmlich Betroffene werden also wiederum durchreisende Straßenkünstler oder die Hilfsbedürftigsten schlechthin sein, die sich ihrer Rechte nicht bewußt sind. Der Widerstand und die Wachsamkeit in der Stadt wächst bis hinein in die Amtsstuben und ist geprägt von Empörung auch gegenüber weiteren Einschnitten im Sozialbereich. Dies leistet einem für die Stadt ungewöhnlichen Schulterchluss zwischen Künstlern, Bürgerrechtlern, kirchlichen, staatlichen und freien Obdachlosen-Initiativen Vorschub, die der Stadt einen heißen Sommer prophezeien.

Für die Bürger Life dabei • F.R.T Clemens • von den MAGIC STREET VOICES • „Wir“ ist wärmer als Heizung!

Essen

Verwaltung will Ordnungspolitik verschärfen – Eine Stadt für alle Einwohner!

ESSEN. Mit der Ankündigung, die Innenstadt in jeder Hinsicht zu säubern – auch von schlecht gelittenen Personengruppen – ist Oberbürgermeister Dr. Reiniger (CDU) (s. Bild) schon im Kommunalwahlkampf angetreten. Ein erster Schritt war eine Absprache der Stadtspitze mit der Polizei über ein schärferes Vorgehen gegen die Drogenszene am Hauptbahnhof und die Straßenprostitution hinter der Hauptpost. Bei der letzten Sitzung des Ordnungsausschusses des Rates folgte der nächste Schritt: Ein Antrag zur Änderung der „Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ im Stadtgebiet. Er soll bis zur Sommerpause verabschiedet werden.

Die Verwaltungsvorlage sieht einschneidende Änderungen vor. So soll in Zukunft „aggressives Betteln“ als Ordnungswidrigkeit verfolgt werden können. Ebenso strafbar sind betrunken zu pöbeln, die Notdurft zu verrichten, „Behausungen“ aus Decken, Matratzen, Zeltplanen usw. herzurichten oder Straßen, Plätze und Anlagen mit Werbeträgern jedweder Art zu verunstalten. In punkto Straßenstrich sollen nicht nur Prostituierte im Sperrbezirk belangt werden können, sondern auch Freier: Das „suchende Umherfahren mit Kontaktaufnahme zu Prostituierten zwecks Ausübung der Prostitution“ soll ebenfalls zur Ordnungswidrigkeit erklärt werden.

Abgesehen von den Amts-Stilblüten, die sich in dem Beschlußentwurf finden, eröffnen die Änderungen der Verordnung Möglichkeiten zu einem erheblich schärferen Vorgehen gegen für unliebsam erklärte Personengruppen, wenn sie beschlossen werden. Etliche Geschäftsinhaber in der Innenstadt halten es schon für ausgesprochen aggressiv, wenn eine Bettlerin mit ihrem Hut vor den auf Hochglanz polierten Gläsern und Porzellan-Tellern ihres Schaufensters sitzt – also, Anruf bei der Polizei, Abtransport und Bußgeld. Das Verbot, „Behausungen“ zu bauen, kann z.B. die Grundlage zur Säuberung der Obdachlosen-Lager am Wald-

hausenpark oder an der Gruga-Brücke sein.

Wohin die Betroffenen sollen, die die städtischen Unterkünfte aus guten Gründen ablehnen, ist der Verwaltung dabei egal. Soziale Probleme sollen mit dem Polizeiknüppel oder – noch schlimmer – von immer mehr „Schwarzen Sheriffs“ gelöst werden. Und genau das geht nicht. Der einzige Effekt schärferer Ordnungsmaßnahmen wird eine Vertreibung der Obdachlosen, der Drogenszene oder der Prostituierten von einem Ort zum anderen sein, z.B. in die Stadtteile. Ordnungsgelder, die von der heutigen Höchstgrenze von 1.000 DM auf 2.000 DM erhöht werden sollen, können von vielen ohnehin nicht gezahlt werden, so dass für manchen Betroffenen nur der schnelle Weg ins Gefängnis bleibt.

Vor noch nicht einmal einem Jahr haben SPD und B. 90/Grüne einen ähnlichen Vorstoß der Verwaltung abgelehnt. Diesmal übten im Ordnungsausschuß

nur die Vertreter von B. 90/Grüne und die PDS grundsätzliche Kritik. CDU und FDP begrüßten die Vorlage und verließen damit auch die Linie des von ihnen mitgetragenen Ratsbeschlusses zur Einrichtung einer „Ideenwerkstatt Innenstadt“ vom Oktober. Die SPD erklärte ein entschiedenes „jein“ und will prüfen. Änderungen wie die Verpflichtung, Hunde künftig an kurzer Leine anzuleinen, unter-



stützte die SPD ausdrücklich. Das finden bestimmt viele Einwohner gut, doch um solche Einzelheiten geht es zunächst nicht: Die Vorlage wirft vielmehr die Frage auf, ob Essen eine Stadt für alle Einwohner ist, oder Ausgrenzung betreibt. Und auch in punkto Hunde stellt sich die Frage: Warum betreibt die Verwaltung nicht mit Schwung die Einrichtung von Hundewiesen? Warum fallen ihr auch hier nur repressive Maßnahmen ein?

B. 90/Grünen haben inzwischen zu einem Aktionstreffen eingeladen, bei dem eine „Plattform gegen soziale Kälte“ gegründet werden soll. Diese erfreuliche, schnelle Reaktion wird sicherlich auf breite Resonanz stoßen.

wof

Sozialkürzungen: KÖLN. Die Ratsmitglieder der PDS-Offene Liste Jörg Detjen und Sengül Senol lehnen die brutalen Streichungen bei den Sozialleistungen von über 25 Mio. ab. „Die Ärmsten der Armen sollen getroffen werden, wenn Heizungsbeihilfen, Weihnachtsbeihilfen und Bestattungsbeihilfen zusammengestrichen werden“, erklärten sie. Jörg Detjen spricht angesichts der geplanten 25-prozentigen Kürzungen von „direkten Zwangsmaßnahmen, die den Betroffenen wehtun sollen“. So war der Etat für einmalige Hilfe für Obdachlose im Haushaltsansatz bereits um zwei Mio. DM gekürzt worden, jetzt wurden noch einmal zwei Mio. gestrichen. Die Behauptung der CDU, die eingesparten Summen sollten der Jugend- und Familienfürsorge zu kommen, ist nach Meinung der PDS-OL „zynisch“. Mit solchen Äußerungen werde „die Konkurrenz geschürt und nicht die Not gelindert.“

Video-Überwachung: MANNHEIM. Mit der Mehrheit der Stimmen von CDU und Mannheimer Liste soll durchgesetzt werden, daß Mannheim mit Stuttgart, Heilbronn und Ravensburg an einem landesweiten Projekt teilnimmt, damit „neuralgische Punkte wie die Breite Straße, Markt- oder Paradeplatz per Video permanent“ überwacht werden. (*Mannheimer Morgen*, 18. 3.) Landesregierung und Landespolizeipräsident Hetger haben schon grünes Licht angekündigt. Laut *MM* müssen Fragen des Zeitraums und des Ortes, wo die Daten gespeichert werden, noch geklärt werden. Beginn der Überwachung soll 2001 sein.

Wasserwirtschaft: KÖLN. Die kommunale gemeinwohlorientierte Aufgabenerfüllung der Wasserversorgung dürfe nicht ersetzt werden durch ein privates gewinnorientiertes Monopol. In einer Erklärung zum Tag des Wassers betonen die kommunalen Spitzenverbände sowie der Verband kommunaler Unternehmen, dass es angesichts der aktuellen Diskussion um Liberalisierung, Privatisierung, Wettbewerb und Deregulierung des Wassermarktes nicht zu einer Senkung der Qualitätsstandards durch die Hintertür kommen dürfe. Das Wasser sei als Lebensmittel Nummer 1 eine schützenswerte Ressource, die es auch in Zukunft zu erhalten gelte. Gerade die Kommunen leisteten mit ihrer hochwertigen Wasserver- und Abwasserentsorgung dafür einen entscheidenden Beitrag. Unabhängig davon sei es unerlässlich, sich für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wasserwirtschaft einzusetzen. Die dafür notwendigen Maßnahmen sollten jedoch an die bestehenden Strukturen anknüpfen und diese optimieren, sie jedoch nicht unreflektiert über eine Libe-

ralisierung in Frage stellen. Die kommunalen Spitzenverbände sowie der Verband kommunaler Unternehmen seien zu einem Dialog über die erforderlichen Schritte und Kooperationsmaßnahmen mit Bund, Ländern und Vertretern der Wasserwirtschaft bereit.

Öffentlicher Regionalverkehr: BONN. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund befürchtet, dass die unter dem Namen „Regionalnetzentwicklung“ bekannt gewordenen Pläne der Deutschen Bahn AG die Verkehrsentwicklung in den ländlichen Räumen Deutschlands nachhaltig gefährden. Nach jüngsten Presseberichten beabsichtigt die DB AG, den Betrieb vieler Nebenstrecken auf dem Lande, die dort als das „Rückgrat“ des öffentlichen Verkehrs gelten, aus dem Konzern ausgliedern und von anderen betreiben zu lassen. „Durch die Pläne der Bahn drohen den Kommunen sonst unkalkulierbare Belastungen“, so Hauptgeschäftsführer Landsberg. „Dies gilt um so mehr, als viele der in Frage kommenden Strecken in einem miserablen technischen Zustand sind.“ Zur nachhaltigen Verkehrspolitik gehörten neben optimalen Verkehrsverbindungen zwischen und in Ballungsgebieten in gleicher Weise auch attraktive Angebote für weniger dicht besiedelte Regionen. Sicherlich mache es Sinn, dass nicht alle Verbindungen in der Fläche von der Deutschen Bahn AG selbst organisiert und durchgeführt werden. Jedoch sei es notwendig, hier unter Beteiligung der Städte und Gemeinden abgestimmte und zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln. Veränderte Organisationsformen und Bedienungskonzepte dürften nicht dazu führen, dass die Fläche vernachlässigt werde und nur noch mit dem PKW zu erreichen sei. „Das Thema ist viel zu wichtig, um es allein dem betriebswirtschaftlichen Kalkül der DB AG zu überlassen“.

Gewerbesteuerumlage: BERLIN. Künftig sollen nach den Plänen der Bundesregierung nicht mehr 20 %, sondern sogar etwa 30 % der Gewerbesteuererinnahmen an Bund und Länder abgeführt werden. Heute sind Bund und Länder mit jährlich 10,6 Mrd. DM an den Gewerbesteuererinnahmen der Städte und Gemeinden beteiligt. Durch die Anhebung der Gewerbesteuerumlage werden im nächsten Jahr etwa 13 Mrd. DM Gewerbesteuererinnahmen abgeschöpft; im Jahr 2003 sollen es nach den Plänen der Bundesregierung sogar 18 Milliarden Mark werden. Die Gewerbesteuerumlage wird damit mehr und mehr zum Finanzierungsinstrument für Länder- und Bundeshaushalte, kritisiert der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Zusammenstellung: ulj

Tarifabschluß Chemie-West

Schwerpunkt: Lebensarbeitszeit und Alterssicherung

Der Tarifabschluß in der chemischen Industrie der alten Bundesländer kam in der Nacht auf den 22. März für viele überraschend schnell. Der alte Vertrag läuft bezirklich unterschiedlich noch bis Ende Mai, Juni bzw. Juli. Der Abschluß hat eine starke politische Dimension, wie sich nach dem Pilotabschluß Metall NRW deutlich zeigt.

Ergebnisse

1) Entgelt: Ab 1. Juni 2000 (bzw. später, s.o.) steigen die Tarifentgelte und Ausbildungsvergütungen um 2,2%, ab 1. Juni 2001 nochmals um 2% für neun Monate. Damit enden die bezirklichen Laufzeiten zwischen 28.2. (zeitgleich mit Metall NRW!) und 30.4.2002.

2) Ausbildung: Die Arbeitgeber verpflichten sich, bis Ende 2002 die Zahl der Ausbildungsplätze um weitere 5% zu steigern. Die regionalen „Runden Tische für Arbeitsmarktfragen“ sollen ihre Tätigkeit fortsetzen.

3) Altersteilzeitvertrag: Der Tarifvertrag gewährt seit 1996 ab dem Alter 55 Jahre einen Rechtsanspruch auf eine vergleichsweise sehr gut dotierte Altersteilzeit, jedoch nur für maximal 5% der Belegschaft („Überforderungsschutz“-Klausel). Die Laufzeit war wie das zugehörige Gesetz auf 31.7.2004 begrenzt, die Maximaldauer der Altersteilzeit auf fünf Jahre. Diese ist nun bei gleichen sonstigen Leistungen auf sechs Jahre erweitert; die Laufzeit geht bis 31.12.2009.

Neu hinzugekommen ist der Anspruch auf eine Abfindung bei Übergang in die Rente. Diese Abfindung soll einen Teil der „versicherungsmathematischen Abschläge“ ausgleichen, mit denen man für „Rente vor 65“ bestraft wird (je Monat bekanntlich 0,3%). Schöpft man die Altersteilzeit voll aus, beginnt man mit 55, wechselt mit 58 in die „Nullphase“ des Blockmodells und geht mit 61 in Rente. Dadurch erspart man sich schon mal 3,6% Abschläge.

Die einkommensunabhängige (!) Abfindung beträgt für jeden Abschlagsmonat 450 DM bei Normalzeitbeschäftigten, 550 DM bei Teilkonti- und Zweierwechselschichtlern bzw. 750 DM bei Vollkontibeschäftigten. Da maximal 48 Monate betroffen sind, kommen Abfindungen zwischen maximal 21.000 und 36.000 DM brutto heraus. Über die Versteuerung wird noch mit dem Finanzministerium verhandelt.

4) „Tarifrente“. Die bereits bestehende Möglichkeit, die vermögenswirksamen Leistungen von 936 DM jährlich unter Ausnutzung der Sozialversicherungsfreiheit und Pauschalbesteuerung über Entgeltumwandlung einer Form der privaten Altersvorsorge zuzuführen (z.B. Direktversicherung), unterlag bisher der „doppelten Freiwilligkeit“. D.h.: Erst konnte der Arbeitgeber entscheiden, ob er solches überhaupt anbietet, dann der Arbeitnehmer, ob er das Angebot annimmt. Nun wird der Stock auf 1.200 DM jährlich erhöht. Den Differenzbetrag muss der Arbeitgeber auf das Urlaubsgeld schlagen, wenn er nichts anbietet; der Arbeitnehmer hat auf den Differenzbetrag nur Anspruch, wenn er ein bestehendes Angebot annimmt. Berechnungen einer möglichen Zusatzrente aus solcher Direktversicherung liegen noch nicht vor. Bei einer angenommenen Verzinsung von 4% und einer Laufzeit über 35 Jahre sowie einer Lebenserwartung von 84 Jahren kann man jedoch eine monatliche Rentenzahlung von ca. 480 DM errechnen.

5) Thema „Dienstleistungsvertrag“: Diese Forderung der Arbeitgeber hing zunächst als Damoklesschwert über den Vorbereitungen zur diesjährigen Tarifrunde. Geblieben davon ist eine Öffnungsklausel, die es bei Tarifkonkurrenz erlaubt, entweder für den betroffenen Bereich eine Betriebsvereinbarung unter Mitwirkung der Tarifvertragsparteien oder aber einen Haustarifvertrag abzuschließen, der den schlechteren Bedingungen des konkurrierenden Tarifvertrages ganz oder teilweise entspricht. Konkurrierend ist ein Tarifvertrag dann, wenn sein fachlicher Geltungsbereich sich mit dem Manteltarifvertrag der chemischen Industrie für ein Unternehmen, einen Betrieb oder einzelne Abteilungen überschneidet oder sich nach Ausgliederung oder Umstrukturierung überschneiden würde.

„Einzellösungen“ gegen flächendeckenden Tarifwechsel oder Tarifflicht

Mit dieser Öffnungsklausel beschreitet die IG BCE weiter jenen Kurs, den sie zunächst mit dem Arbeitszeitkorridor (35–40 Stunden bei tariflichen 37,5 Stunden) einschlug, mit einer Notfallklausel beim 13. Monatseinkommen fortsetzte und zuletzt mit dem Entgeltkorridor ([plus]-minus 10%) dramatisch verfestigte.

Die praktischen Erfahrungen mit der Entgeltöffnungsklausel besagen jedoch, dass aufgrund der Mitwirkungspflicht der Tarifvertragsparteien von der Möglichkeit der Einkommensenkungen in der Alt-BRD wohl weniger als 20mal Gebrauch gemacht wurde. Dies in einer Tariflandschaft, die vom erklärten Willen der Faser-, Kautschuk- und Kunststoffindustrie geprägt ist, eigene schlechtere Tarife aufzumachen bzw. schlichte Tarifflicht zu begehen. Bisher ist der Chemieverband immerhin ohne nen-

nenswerte Mitgliederverluste geblieben. Das Geltungsniveau des Chemietarifvertrages dürfte immer noch relativ hoch liegen. Der Kampf um den Flächentarifvertrag ist jedoch lange nicht ausgestanden.

Positive Resonanz auf die materiellen Vereinbarungen

Das Tarifiergebnis Chemie trifft in den Belegschaften offensichtlich überwiegend auf Zustimmung. Kritisch wird die Entgelterhöhung von 2% in 2001 angesichts steigender Inflationstendenz gesehen. Sehr positiv bewerten die nun unter die Altersteilzeitvereinbarung fallenden Beschäftigten den Abschluß. Aber selbst bei den Jüngeren hört man positive Stimmen aufgrund des Einstiegs in eine nennenswerte „Tarifrente“. Eine denkbare generationenkriegerische Diskussion blieb aus.

IG BCE / IG Metall: Ein Komplott gegen oder Absprache mit?

Schmoldt und Bischoff von der IG BCE hatten frühzeitig die Devise ausgegeben, vor Metall abschließen zu wollen. Und sie konnten dies Ziel auch mit passablem Ergebnis fast gemächlich durchsetzen. Der Bundesarbeitgeberverband Chemie (und nicht nur er) hatten ein strategisches Interesse an diesem frühen Abschluß. Außerdem erklärte der IG-BCE-Vorstand schon letztes Jahr, in 2000 möglicherweise vorliegende Ergebnisse des „Bündnis für Arbeit“ tariflich umsetzen zu wollen. Inwiefern sie dabei Lohnleitlinien einhielten (eine Volumensprozentsatz für das Gesamtpaket ist vernünftig nicht zu rechnen), oder einfach im Rahmen des üblicherweise Durchsetzbaren blieben, sei dahingestellt.

Tatsächlich wurde das Vorruhestandsgesetz mund- und termingerech von Rießer novelliert. Hinsichtlich des breit in Anspruch genommenen Altersteilzeittarifvertrages und der inzwischen voll wirksamen versicherungsmathematischen Abschläge bei der Sozialrente bestand für die IG BCE Handlungsdruck. Bei der IG Metall bestand dagegen bisher kein Rechtsanspruch auf auskömmliche Altersteilzeit, Dotierung und mit hin Akzeptanz waren demnach auch wesentlich geringer als im Chemiebereich.

Die Erfolgsaussichten für die „Rente mit 60“ als das für den Metallbereich und weit darüber hinaus schlüssige Konzept waren schon im Vorfeld intern umstritten und wären auch mit deutlichen Entgeltopfern verbunden gewesen.

Betrachtet man nun den überraschend schnellen Metallabschluß NRW aus den frühen Morgenstunden des 28.3., so erkennt man wesentliche Elemente des Chemieabschlusses wieder. Metall etwas stärker im Entgelt – bei 24 Monaten Laufzeit –, Chemie deutlich stärker in der Ausstattung der Altersteilzeit.

Schmoldt konnte über Zwickel schimpfen und gleichzeitig das Schlachtgetöse der IG Metall für den Tarifabschluß Chemie nutzen; Zwickel kann nun

öffentlich auf Schmoldt schimpfen.

Letztlich aber haben beide Gewerkschaften ihre Kühe vom Eis gebracht, von der dünnen Decke nämlich, die da heißt Zusammenhalt der Generationen und tarifvertragliche Machbarkeit des (nicht nur kurzfristigen) „Ausgleichs“ der gravierenden Verschlechterung der Sozialrenten.

Die IG Metall hätte sich wahrscheinlich ohne die IG BCE verhoheit, die IG BCE hätte ohne die IG Metall nicht so viel erreicht. Beide haben der Lohndrift nach unten keine Umkehr verpasst, sondern das Rentenproblem der rentennahen Generation zu mildern versucht, verbunden mit arbeitsmarktlichen Hoffnungen, die zumindest teilweise auch realisiert werden dürften.

Hinter der Oberfläche des vielen Gerassels lohnt es sich, nach den jeweiligen Industrie- und Belegschaftsstrukturen und den daraus resultierenden Bewegungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten zu fragen. Es könnte manch unnötige Spucke gespart werden. Das Thema Lohndrift und „Generationenvertrag“ ist schwierig genug zu lösen und erfordert gerade im politischen Kampf gemeinsames Vorgehen. *tht*

Der Abschluß bei Metall

Politische Konsequenzen

Wenn bei dem Anstieg der Lebenshaltungskosten in den nächsten beiden Jahren nichts ungewöhnliches passiert, sollte der Abschluss der IG Metall ein Schritt in Richtung Ausgleich der Kaufkraftverluste der Kohl-Zeit bringen; wahrscheinlich aber keinen ausreichend großen. In dieser Zeit entstandene Lebenslagen des Typs „Armut bei voller Beschäftigung“, bleiben für die Gewerkschaften eine zugleich materielle und moralische Herausforderung, die öffentlich thematisiert werden muss.

Während die Abschlüsse der Industriegewerkschaften in Richtung einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit und Beschleunigung des Generationenwechsels der Beschäftigten deuten, geht die sozialpolitische Diskussion fest von einer Verlängerung der gesetzlichen Arbeitszeit aus. Wenn die Folge der Tarifabschlüsse nicht sein soll, dass ein Teil der Lohnabhängigen dem System Arbeiten bis zum Umfallen entkommt, ein anderer Teil aber arbeitsverpflichtet und arbeitslos abstürzt, müssen diese Fragen durch die Sozialgesetzgebung geregelt werden.

Die 24 Monate Laufzeit führen dazu, dass in der nächsten Vorwahlzeit solche Fragen thematisiert werden. *maf*

In der Nacht zum 28. März haben Arbeitgeber und IG Metall in der dritten

Verhandlungsrunde ein Gesprächsergebnis erzielt. Die Eckpunkte:

- Löhne und Gehälter steigen ab 1. März 2000 um drei Prozent und ab 1. Mai 2001 um weitere 2,1 Prozent; für die Monate März und April 2000 gibt es statt der prozentualen Erhöhung einen Pauschalbetrag von 330 Mark, der spätestens mit der Lohnabrechnung für den April 2000 ausgezahlt wird.

- Die Ausbildungsvergütungen werden ebenfalls ab 1. März um drei Prozent erhöht und betragen dann im
1. Ausbildungsjahr 1204 Mark
2. Ausbildungsjahr 1264 Mark
3. Ausbildungsjahr 1353 Mark
4. Ausbildungsjahr 1470 Mark

Diese Vereinbarungen gelten bis zum 28. Februar 2002.

- Der Tarifvertrag zur Altersteilzeit wird an die neue Gesetzeslage angepasst und bis zum 30. April 2003 verlängert.

- Es gibt einen Tarifvertrag zur Beschäftigungsbrücke, nach dem Arbeitnehmer ab dem 57. Lebensjahr einen Anspruch auf bis zu sechs Jahren verblockte Altersteilzeit haben. Freigestellt werden sie spätestens mit Vollendung des 60. Lebensjahres. Wenn das Arbeitsverhältnis vor dem 65. Lebensjahr endet, erhält der Arbeitnehmer für jeden Monat, der ihm zum Anspruch auf ungeminderte Altersrente fehlt eine Abfindung von 450 Mark, höchstens jedoch für 48 Monate. Die Altersteilzeit kann nicht in Anspruch genommen werden, wenn

vier Prozent (ab 1. Mai 2002 fünf Prozent) der Arbeitnehmer eines Betriebes Gebrauch davon machen oder mehr als 40 Prozent der 57jährigen mehr als 50 Prozent der 58jährigen mehr als 60 Prozent der 59jährigen in Altersteilzeit sind.

Der Anspruch ist auch ausgeschlossen, wenn es eine freiwillige Betriebsvereinbarung zur Altersteilzeit gibt.

Bei Arbeitnehmern mit Schlüsselqualifikation kann der Arbeitgeber den Beginn der Altersteilzeit um sechs Monate verschieben oder den Anspruch auf unverblockte Altersteilzeit beschränken. Bei zweijähriger Altersteilzeit kann der Arbeitgeber den Anspruch auf unverblockte Altersteilzeit beschränken. Die Beschäftigungsbrücke gilt ab 1. Mai 2000 und kann erstmals zum 30. April 2003 gekündigt werden.

- Der Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen (VL) wird um fünf Jahre verlängert; VL können für die Altersvorsorge eingesetzt werden.

- Wer nach dem 1. Mai 2001 seine Ausbildung erfolgreich beendet, wird für mindestens zwölf Monate übernommen.

- Der Manteltarifvertrag zur Arbeitszeit wird bis zum 30. April 2003 verlängert.

Dieses Ergebnis muss noch durch den Vorstand der IG Metall bestätigt werden; die Erklärungsfrist läuft bis zum 18. April, 18 Uhr.

PM, IG Metall

28. März 2000 - Zwickel: Gutes Ergebnis und Ausstieg mit 60 erreicht

Als „gutes Ergebnis“ hat der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel den in der Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen erreichten Tarifabschluss bezeichnet. „Wir haben unsere drei wichtigsten Ziele erreicht“, sagte Zwickel am Dienstag vor der nordrhein-westfälischen Tarifkommission in Sprockhövel. Mit den vereinbarten Lohn- und Gehaltserhöhungen gebe es in den kommenden zwei Jahren deutliche reale Einkommensverbesserungen für alle Arbeitnehmer. Mit der Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt sei außerdem der von der IG Metall angestrebte Ausstieg mit 60 weitgehend erreicht worden ... Gleichzeitig habe die IG Metall erreicht, dass Auszubildende künftig nach Abschluss ihrer Ausbildung für mindestens zwölf Monate in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden

Handelsblatt, 28. März: Börse begrüßt überraschende Einigung in Nordrhein-Westfalen

Rente mit 60 vom Tisch Der Tarifabschluss für die Metall- und Elektroindustrie Nordrhein-Westfalens ist in Politik und Wirtschaft mit Erleichterung und Lob aufgenommen worden. Die Chancen auf einen moderaten Verlauf der weiteren Ta-

rifrunde sind damit gestiegen. Insbesondere für die Verhandlungen im öffentlichen Dienst, die heute beginnen, ist damit eine weitere wichtige Marke gesetzt.

Nach Auffassung von Ökonomen ist der nordrhein-westfälische Metallabschluss dennoch zu hoch. „Die Arbeitslosen haben davon nichts“, sagte der wirtschaftsweise Rolf Peffekoven dem Handelsblatt. Die Börse reagierte hingegen mit Kursanstiegen. Auch die Banken-Volkswirte zeigten sich zufrieden. Der Abschluss werde keine neuen Inflationsängste verursachen. Das Ergebnis verdeutliche, dass es keine Diskrepanz zwischen Geld- und Lohnpolitik gebe, sagte Ulrich Beckmann von Deutsche Bank Research.

Der **Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel**, bezeichnete den Abschluss als „erträglich“. Positiv sei, dass der Tarifvertrag ohne Warnstreiks zu Stande gekommen sei und die „unsinnige Forderung“ der IG Metall nach einer 32-Stunden-Woche vorerst auf Eis liege.

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt sprach von einem „guten und vertretbaren Kompromiss“. Die Unternehmen bekämen damit Planungssicherheit bei einer am Produktivitätszuwachs orientierten Belastung. Die bisherigen Abschlüsse der Tarifrunde 2000 seien insgesamt ein wichtiger Beitrag, um den konjunkturellen Aufschwung zu unterstützen.

**Wirtschafts-
presse**

BDA: Bildungs-Rückstand Europas gegenüber USA aufholen. – HB, Montag, 20.3.2000.

– BDA-Präsident D.

Hundt lehnt in einer Diskussion über den Sondergipfel der Europäischen Union zur Beschäftigungspolitik die Einrichtung einer Expertengruppe zur Modernisierung des Sozial-schutzes in der EU ab. Dies führe nur zu einem unnötigen zusätzlichen sozialpolitischen Koordinierungsprozess in der EU. Die Bereiche Forschung und Bildung aber müssten auf europäischer Ebene stärker gebündelt werden, damit Europa mit amerikanischen Entwicklungsanstrengungen mithalten könne.

Eichel kündigt für Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst Härte an. – HB, Mittwoch, 22.3.2000. – Er bleibe bei seiner Position des reinen Inflationsausgleichs für die Gehälter im öffentlichen Dienst. Auch für Beamte und Pensionäre werde er im Sommer nach der Tarifrunde erneut die Gesetzesinitiative eines Inflationsausgleichs im Bundesrat einbringen.

Wirtschaft droht der CDU. – H.-P. Stihl, Präsident des DIHT, hatte Bundesfinanzminister H. Eichel versprochen, die sogenannte Steuerreform 2000 nach Kräften zu unterstützen. Wenn die Opposition die Steuerreform scheitern lasse, so müsse sie mit „massiven Angriffen“ aus der Wirtschaft rechnen. Der CDU, so der Fraktionsvorsitzende F. Merz, gehe es darum, die Gleichmäßigkeit der Besteuerung aller Einkunftsarten sicher zu stellen. Der Mittelstand werde mit der Reform zu stark belastet.

Staat soll Informationstechnik massiv fördern. – HB, Donnerstag, 23.3.2000.

– Auf einem Kongress über „Wirtschaftspolitik für die industrienahen Dienstleistungen“ verwies BDI-Präsident H.-O. Henkel darauf, dass der Staat bei den modernen Informations- und Kommunikationstechniken die Entwicklung massiv fördern und verstärkt als „Leitanwender“ auftreten müsse. Außerdem müssten im Bereich der einfachen Dienstleistungen mehr legale Arbeitsplätze geschaffen werden. G. Fels, Chef des Institut der deutschen Wirtschaft, wies auf die Bedeutung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe als „faktischen Mindestlohn“ hin, der am Arbeitsmarkt nicht unterschritten werden könne, weil Nichtstun dann besser bezahlt werde als Arbeit. Henkel kritisierte das bürokratische Verfahren bei der Einstellung von geringfügig Beschäftigten auf 630-DM-Basis.

Presseauswertung: rst

Wenn der Lohn nicht mehr zum Leben reicht

Die Konferenz der Gesamtelternbeiräte von Stuttgarter Kindertageseinrichtungen hat sich vor etwa einem Jahr die Mühe gemacht, die Eltern in den Einrichtungen nach ihren Einkommensverhältnissen und ihren Ausgaben zu befragen. Anlaß war die (inzwischen durchgesetzte) Absicht der Stadtverwaltung, den sogenannten Familienpaß abzuschaffen. Diesen Familienpaß erhielten in zwei Varianten (A und B) all diejenigen, deren Einkommen zwischen Sozialhilfe und unterhalb der durchschnittlichen Lohn-einkommen lag. Damit wurden die Kindertagesgebühren und die Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr ermäßigt; für Schwimmbäder, Museen und Zoo gab's für die ganze Familie freien Eintritt.

Die Eltern und Alleinerziehenden, die geantwortet haben – insgesamt konnten 565 Fragebögen ausgewertet werden – sind sicher nicht repräsentativ im Sinne der Statistik, aber sie spiegeln die realen Verhältnisse eines großen Personenkreises in der Großstadt wieder. Der Gesamtelternbeirat, der jetzt vor kurzem die Ergebnisse im „Dreikäsehoch“ veröffentlichte, konnte damit auf jeden Fall die Berechtigung eines Familienpasses gut begründen.

Die Zahlen sind aber noch in anderer Hinsicht interessant. Sie geben einen Blick auf die äußerste Enge von Reproduktionsverhältnissen.

Diese Enge ist nicht nur auf Sozialhilfeempfänger beschränkt: Selbst bei

Haushalten, die „normale“ Lohneinkommen haben, ergeben sich durch Kinder oder Alleinerziehung sehr prekäre Lebensumstände.

Ein Ausweichen durch Einsparung und Beschränkung der Bedürfnisse ist nur im engen Rahmen möglich. Die „fixen“ monatlichen Kosten sind wenig flexibel: zum Beispiel liegt die Miete bei den Sozialhilfeempfängern (Familienpaß A) sogar noch leicht höher als bei den anderen Haushalten. Auch beim Telefon sind die Unterschiede nicht sehr erheblich (die relativ hohen durchschnittlichen Telefonkosten dürften durch die vielen Familien mit Bindungen ins Ausland herrühren). Etwa flexibler sind die Vorsorgeaufwendungen (Versicherungen), was aber spätestens im Alter teuer zu stehen kommt. Insgesamt schlagen die zu geringen Einkommen brutal durch auf den für den Lebensunterhalt frei verfügbaren Rest, d.h. Essen, Kleidung, Haushaltsausstattung – von Erholung & Kultur ganz zu schweigen. Mit 333 DM pro Person Resteinkommen ist ein menschenwürdiges Leben kaum möglich.

Der „Dreikäsehoch“ hat zahlreiche Äußerungen auf den Fragebögen dokumentiert, die die statistischen Zahlen anschaulich belegen:

„Kleidung für die Kinder werden von den Großeltern bezahlt! Ausflüge nur mit dem Fahrrad möglich, Urlaub Balkonien!“

„Kfz wurde aus finanziellen Gründen

verkauft. Eine Zahnsanierung muß mit einem Eigenanteil von 6000 DM finanziert werden.“

„Von diesem Geld müssen wir ab und zu noch mal etwas im Haushalt erneuern: z.B. Waschmaschine, Kühlschrank, Fernseher. Zu wenig zum Leben!!“

„Der Lebensunterhalt wird durch Überziehen des Bankkontos finanziert!“

„Wir brauchen den Paß, es ist für die Kinder nicht so ein Armutszeugnis, wenn man kein Geld hat.“

Von der Tarifpolitik im industriellen Bereich ist kaum eine Besserung zu erwarten: gegen die Berücksichtigung der Familienverhältnisse steht der Markt.

Wir hatten in den vorigen Ausgaben der *Politischen Berichte* darauf hingewiesen, dass die Reallöhne in den neunziger Jahren im Schnitt gesunken sind.

Die Steuer- und Kindergeldpolitik steuert zwar entgegen, aber, wie die Ergebnisse zeigen, mit mäßigem Erfolg.

Auf kommunaler Ebene werden zum Teil harte Kämpfe geführt, damit bei der unmittelbaren Daseinsfürsorge kostenlose oder ermäßigte Angebote erhalten bleiben. Dennoch ist ein größerer Teil von Familien auf Zuschüsse aus der Sozialhilfe angewiesen – mit all dem Dreinreden und einschränkenden Vorschriften.

Die bisherigen Tarifabschlüsse in der Industrie haben jedenfalls kaum was dazu beigetragen, dass sich die Situation der Niedriglöhner verbessert.

alk, maf

„Dreikäsehoch“, Zeitung der Konferenz der Gesamtelternbeiräte für Kindertagesstätten in Stuttgart

Umfrage zu Einkommen und Ausgaben von Haushalten mit Kindern

Haushaltstyp	Anzahl	Nettolohn	Einkommen gesamt	Fixe monatliche Kosten						verbleiben für Lebens- unterhalt	pro Person	
				Wohnung	Versiche- rungen	Kredite	KiTa KiGa- Gebühren	Telefon	übrige Fix- kosten		Einkom- men insges	verbleibt f. Lebens- unterhalt

Haushalte nach Familiengröße

alle	565	2763	3877	1058	275	164	124	103	382	1771	1074	477
in % Einkommen		71,27%	100,00%	27,29%	7,09%	4,23%	3,20%	2,66%	9,85%	45,68%		
Alleinerziehend	162	1179	2531	958	137	47	114	84	245	946	1031	382
in % Einkommen		46,58%	100,00%	37,85%	5,41%	1,86%	4,50%	3,32%	9,68%	37,38%		
2 Erw. 1 Kind	88	3356	4097	1088	306	218	159	100	403	1823	1366	608
in % Einkommen		81,91%	100,00%	26,56%	7,47%	5,32%	3,88%	2,44%	9,84%	44,50%		
2 Erw. 2 Kinder	188	3617	4515	1058	394	170	139	105	465	2184	1129	546
in % Einkommen		80,11%	100,00%	23,43%	8,73%	3,77%	3,08%	2,33%	10,30%	48,37%		
2 Erw. 3 Kinder	84	3292	4542	1141	302	235	92	112	474	2186	908	437
in % Einkommen		72,48%	100,00%	25,12%	6,65%	5,17%	2,03%	2,47%	10,44%	48,13%		

Haushalte nach sozialer Lage

Familienpaß A	237	1548	2902	1043	130	121	72	95	256	1185	849	333
in % Einkommen		53,34%	100,00%	35,94%	4,48%	4,17%	2,48%	3,27%	8,82%	40,83%		
Familienpaß B	75	2937	3919	1019	259	154	120	107	437	1823	973	439
in % Einkommen		74,94%	100,00%	26,00%	6,61%	3,93%	3,06%	2,73%	11,15%	46,52%		
ohne F.paß	253	3850	4779	1083	415	206	174	109	484	2308	1314	624
in % Einkommen		80,56%	100,00%	22,66%	8,68%	4,31%	3,64%	2,28%	10,13%	48,29%		

Auf den Brief von Gregor Gysi antworten Akteure der Kommunistischen Plattform

mit einem kürzere Brief. Dort heißt es u.a.: „Es ist nicht so, wie er schreibt. Die Akteure der Plattform sind im Regelfalle sehr aktive, ehrenamtlich arbeitende PDS-Mitglieder und nicht zuletzt deshalb häufig mit Mandaten ihrer Gliederungen versehen. Aber – selbst wenn es so wäre, wie G. Gysi schreibt: gehört es nicht zur Demokratie in der Partei, daß die Basis, darunter die Arbeits- und Interessengemeinschaften sowie Plattformen, ihre Positionen zum Handeln von Vorständen und Fraktionen äußern? Was ist daran kritikwürdig?“

Die drei Autoren des Minderheitenvotums in der Programmkommission verfaßten einen **Aufruf „Gegen einen Richtungswechsel, für eine starke PDS“**. Benjamin, Heuer und W. Wolf sehen „keinen Grund, von den Grundaussagen des geltenden Programms abzugehen“. Sie meinen, daß in der Mitgliedschaft die Unruhe wachse, „dass ein Strategie-, ein Richtungswechsel in der PDS mit dem Ziel der Koalitions-, also der Regierungsfähigkeit im Bund“ erfolgen soll. „Der Preis sei zu hoch“, meinen die Autoren.

In der Sitzung des **Rates der Alten** am 17. März 2000 fand ein Meinungsaustausch zur programmatischen Debatte in der PDS und über die Vorbereitung der 3. Tagung des 6. Parteitages in Münster statt.

Der *PDS-Pressedienst* faßt die Ergebnisse wie folgt zusammen:

1. Alle Diskussionsredner unterstützten die Ausführungen und Positionen des Parteivorsitzenden Lothar Bisky über die Notwendigkeit und die Schwerpunkte der Programmdiskussion.
2. Der Rat der Alten vertritt nachhaltig die Meinung, dass in der PDS Schluss sein muss mit Verunglimpfungen und gegenseitigen Verdächtigungen. Er verurteilt den unsachlichen Umgang miteinander, wie er teilweise in der PDS und über die Medien gepflegt wird.
3. Der Rat der Alten ist der Meinung, dass die PDS unter vielen Menschen und in allen Teilen Deutschlands zunehmend an Akzeptanz gewinnt, was auch in starkem Maße auf das Wirken von Lothar Bisky und Gregor Gysi zurückzuführen ist. Ihre Bemühungen und die vieler anderer Genossinnen und Genossen um die Weiterentwicklung der PDS sollten nachhaltig unterstützt werden.
4. Abschließend verabschiedeten die Anwesenden eine Stellungnahme des Rates an die Delegierten des Parteitages. In der Resolution heißt es u.a.: „Lasst euch nicht zu Randfragen, auch wenn sie mitunter gewichtig erscheinen sollen, vor allem nicht zu Verdächtigungen, zu Ambitionen und Rechthabereien

abdrängen. Mit Schlagworten oder unbegründeten Abstempelungen, blumigen Worten oder Beschimpfungen lässt sich Großes nicht bewältigen. Und wir sind für ein großes und ein erhabenes Ziel angetreten: für den demokratischen Sozialismus und den Weg dahin! Deshalb sind wir die Partei der Zukunft!“

Am letzten Wochenende fand in Bautzen eine **friedenspolitischen Konferenz der PDS** statt. Der Parteirat hatte eine solche Konferenz vorgeschlagen. Das *Neue Deutschland* berichtet:

„Mancher Teilnehmer ... horchte auf. Parteivize Sylvia-Yvonne Kaufmann, Außenpolitikexpertin sowie eine der profiliertesten Gegnerinnen jeglicher Zustimmung zu UN-Einsätzen, meinte in der Debatte, gewiss könne man Ausnahmefälle prüfen. Dann, hielt Bundestags-Fraktionsvize Wolfgang Gehrcke entgegen, müsse man aber auch zu einem Ergebnis kommen, das unter Umständen eben Zustimmung zum Militäreinsatz heißt.

Kaufmann indessen fand, dass die ganze Diskussion – die Ehrenvorsitzender Hans Modrow unter Anspielung auf einen Beschluss der PDS-Bundestagsfraktion vom Herbst 1999 eine „losgetretene Debatte“ nennt – völlig falsch läuft. Die PDS solle sich nicht den Kopf über Bedingungen für Ausnahmefälle zerbrechen, sondern darüber nachdenken, wie militärisches Eingreifen verhindert werden kann, meinte die Europaabgeordnete. Jedenfalls dürfe die PDS nicht in die Falle des von den USA nach Belieben interpretierten Völkerrechts tappen ...

Wenngleich mancher sich offenbar mit Hans Modrows Gedanken anfreunden kann, den kommenden Parteitag „nicht zum Schiedsrichter im Streit über UN-Einsätze“ zu machen, scheint eine Entscheidung in Münster unausweichlich zu sein. Nicht nur der PDS-Vorstand, auch etliche seiner Kritiker in dieser Frage wollen es wissen. Dann wird sich zeigen, was Wolfgang Gehrckes Hoffnung wert ist, dass die widerstreitenden Positionen vielleicht gar nicht so weit auseinander liegen, wie es derzeit scheine. Dass eine an der Sache orientierte Entscheidung möglich sein wird, bezweifelt beispielsweise die Berliner Abgeordnete Karin Hopfmann. Sie hielt eine baldige Entscheidung „in aufgeheizter Atmosphäre“ für fatal, zumal es nicht nur um Inhalte, sondern nach ihrem Eindruck auch um PDS-interne Machtfragen gehe.“

Die **PDS NRW** steigt jetzt in den Wahlkampf ein. Sie konnten von den 151 Direktkandidaten 148 nominieren und damit flächendeckend antreten. Bei den Landtagswahlen hat der Wähler nur eine Stimme. Wahlmaterialien liegen vor.

Zusammengestellt von jöd

Britischer Dokumentarfilm belegt:

USA arbeiteten mit UCK zusammen, um Krieg gegen Serbien zu provozieren

Sunday Times behauptet auch Verwicklung der CIA

Von Chris Marsden
aus dem Englischen (16. März 2000)

Am Sonntag, den 12. März, zeigte der britische TV-Sender BBC2 einen Dokumentarfilm von Alan Little. Der Film heißt: „Moralische Kriegsführung: Die NATO im Krieg“ („Moral Combat: NATO At War“). Er enthält erdrückende Beweise, dass die Clinton-Regierung sich einen Vorwand zum Krieg gegen das serbische Regime von Milosevic schuf, indem sie die separatistische Kosovo-Befreiungsarmee UCK unterstützte, und dass sie dann ihre Entscheidung gegen die europäischen Verbündeten durchsetzte. Die Enthüllungen wurden von einem zeitgleichen Artikel in der Zeitung *Sunday Times* ergänzt.

Little führte Interviews mit Personen durch, die im Kosovo-Krieg eine Rolle gespielt hatten; diese äußerten sich ganz unverblümt. Am interessantesten waren die Gespräche mit US-Außenministerin Madeleine Albright, dem stellvertretenden US-Außenminister James Rubin, US-Vermittler Richard Holbrooke, William Walker, dem Leiter der UNO-Überwachungsmission, und UCK-Führer Hashim Thaci. Sie wurden durch weitere Interviews ergänzt.

Die Dokumentation zeigte auf, wie die „Feindschaft gegen Milosevic aus einer suspekten Guerilla-Truppe Verbündete der mächtigsten Nationen der Erde machte“.

Seit der Zeit des Krieges in Bosnien 1995 versuchte die UCK, die weitverbreitete Feindschaft der Kosovo-Albaner gegen das Belgrader Regime auszunutzen. Sie verfolgte die Strategie, die serbische Provinz Kosovo durch terroristische Akte zu destabilisieren, und hoffte, dass die USA und die NATO schließlich eingreifen würden. Sie überfiel serbische Patrouillen und tötete Polizisten.

UCK-Führer Thaci erläuterte dazu: „Jede unserer bewaffneten Aktionen wurde mit Vergeltung gegen Zivilisten beantwortet. Uns war klar, dass wir viele Zivilisten in Gefahr brachten.“ Die Früchte dieser Strategie erklärte Dug Gorani, ein nicht zur UCK gehörender Verhandlungsführer der Kosovo-Albaner: „Je mehr Zivilisten getötet wurden, desto größer wurde die Chance auf eine internationale Intervention. Die UCK begriff das natürlich auch. Ein ausländischer Diplomat sagte mir einmal: ‚Schau mal, solange ihr nicht mindestens

fünftausend Tote zu bieten habt, werdet ihr niemals irgendwelche ausländischen Mächte im Kosovo stationiert bekommen.“

Albright gefiel die Strategie der UCK, weil die USA unbedingt einen militärischen Konflikt mit Serbien wollten. Ihre Interviews begannen mit den Worten: „Ich glaubte an die Größe und Güte der Macht, der Macht der Verbündeten unter Führung der Vereinigten Staaten.“ Die Provokationen der UCK wurden zum Mittel, mit dem der Einsatz dieser Macht gerechtfertigt werden konnte.

Der Angriff der serbischen Armee vom 5. März 1998 in Prekaz auf das Haus von Adem Jashari, einem führenden Kommandanten der UCK, bei dem 53 Menschen starben, wurde Anlass eines Treffens der NATO-Kontaktgruppe vier Tage danach. Albright drängte auf eine harte anti-serbische Reaktion. „Ich hielt mich für verpflichtet, meinen Kollegen zu sagen, dass wir nicht die Fehler von Bosnien wiederholen dürften, wo es viel Gerede und keine Taten gegeben hatte“, meinte sie gegenüber Little. Die NATO drohte Belgrad zum ersten Mal mit einer militärischen Reaktion. „Die Interessen der UCK und der NATO-Verbündeten fielen zusammen“, kommentierte Little. Dann zeigte er, wie ein weiteres Treffen zwischen US-Vermittler Richard Holbrooke und UCK-Mitgliedern in Junik Belgrad verärgerte und die albanischen Separatisten ermunterte. General Nebojsa Pavkovic, der Kommandeur der jugoslawischen Armee im Kosovo, erklärte: „Wenn der offizielle Vertreter eines anderen Landes hierher kommt, Regierungsbeamte einfach ignoriert und statt dessen ein Treffen mit den albanischen Terroristen abhält, dann ist es ziemlich klar, dass diese Unterstützung bekommen.“

Lirak Cejal, ein UCK-Kämpfer, ging noch weiter: „Von diesem Zeitpunkt an wusste ich, dass die USA, die NATO, die Hand über uns halten würden. Sie suchten den Kopf der UCK, und als sie ihn fanden, wollten sie die UCK an die Hand nehmen und kontrollieren.“

Im Oktober 1998 hatte die NATO ein Waffenstillstandsabkommen durchgesetzt, teilweise durch Drohungen und teils weil Serbien gegen die UCK Erfolge erzielt hatte. Eine Überwachungsmission unter dem Schirm der OSZE und der Führung von William Walker wurde in die Provinz geschickt.

Little's Dokumentarfilm weist nur in dem Interview mit Cejal auf die Kontrolle der UCK durch die USA hin, und da auch nur in einer Anekdote. Es scheint, dass sich die BBC in dieser Frage etwas zurückhielt, da am Tag der Ausstrahlung von Little's Dokumentarfilm ja auch der Artikel in der Sunday Times erschien.

Die Times-Journalisten Tom Walker und Aidan Laverty schrieben dort: „Zahlreiche Amerikaner, die direkt in CIA-Aktivitäten verwickelt oder daran beteiligt waren, haben mit den Autoren von ‚Moral Combat‘ gesprochen, einer



Dokumentation, die heute Abend auf BBC2 ausgestrahlt wird. Sie sprachen auch mit der Sunday Times über ihre geheimen Operationen der ‚verdeckten Unterstützung für die UCK‘, die der NATO-Bombardierung des Kosovo vorausgingen.“

Die Sunday Times erklärte, dass die anonymen Quellen „zugaben, die Kosovo-Befreiungsarmee mit ausgebildet zu haben“. Sie fügte hinzu, dass die CIA-Offiziere „1998 und 1999 den Waffenstillstand überwachten, Beziehungen mit der UCK anknüpften, ihr amerikanische Ausbildungspläne gaben und sie militärisch berieten, wie man die jugoslawische Armee und serbische Polizei am besten bekämpfe.“

Die Times fuhr fort: „Vor einem Jahr, als sich die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die die Überwachung koordinierte, eine Woche vor Beginn der Luftschläge aus dem Kosovo zurückzog, wurden viele ihrer Satellitenverbindungen und globalen Positionierungssysteme insgeheim an die UCK übergeben, um sicherzustellen, dass die Kommandeure mit der NATO und Washington in Verbindung bleiben konnten. Einige UCK-Führer kannten die Handynummer von General Wesley Clark, dem NATO-Kommandanten.“

Der Artikel zitiert im folgenden ungenannte „europäische Diplomaten“, die damals für die OSZE arbeiteten“, die „behaupteten, sie sei von einer amerikanischen Politik verraten worden, die Luftschläge unausweichlich machte.“ Sie zitierten einen europäischen Gesandten, der den OSZE-Verhandlungsleiter Walker beschuldigte, er leite eine CIA-Operation: „Die amerikanische Delegation war mit ihren diplomatischen Beobachtern, auch bekannt als CIA, bestückt, die mit vollkommen unterschiedlichen Vorgaben arbeiteten als der Rest aus Europa und der OSZE.“

Walker war als amerikanischer Botschafter in El Salvador gewesen, als die USA die Unterdrückung der dortigen linken Rebellen ermöglichten, und er wird im allgemeinen als CIA-Mann betrachtet. Er bestreitet dies, aber gegenüber der

Sunday Times räumte er ein, es sei fast sicher, dass die CIA in die unmittelbaren Vorbereitungen der Luftschläge verwickelt gewesen sei: „Über Nacht hatten wir hier statt einer Handvoll Menschen plötzlich 130 Personen oder mehr. Konnte es die CIA sein, die sie zu diesem Zeitpunkt hergeschickt hatte? Sicherlich konnte das sein, das ist ja ihre Aufgabe.“

Die Zeitung zitiert die relativ offenen Kommentare ihrer CIA-Quellen:

„Das war eine CIA-Front; sie sammelte Informationen über die Bewaffnung und Führung der UCK“, sagte einer. „Ich sagte ihnen, welchen Hügel sie vermeiden, welchen Wald sie umgehen sollten, und solche Sachen“, sagte ein anderer.

Um diese Behauptungen abzurunden, bemerkte die Sunday Times, dass Shaban Shala, ein UCK-Kommandant, der heute in der Kampagne zur Destabilisierung albanischer Gebiete in Serbien aktiv ist, ausgesagt habe, er habe 1996 in Nordalbanien britische, amerikanische und Schweizer Agenten getroffen.

Little's BBC-Dokumentation war etwas zurückhaltender mit der Behauptung, dass die CIA die UCK unterstützt habe, aber sie veranschaulicht, wie die Gelegenheit des Waffenstillstands ergriffen wurde, um den Separatisten die Kontrolle über das Kosovo zu ermöglichen. Little erklärte, überall dort, wo die Serben ihre Kräfte in Übereinstimmung mit dem Abkommen zurückzogen, sei die UCK nachgerückt. Der militärische Führer der UCK, Agim Ceku, sagte: „Der Waffenstillstand war für uns sehr nützlich, er half dabei, uns zu organisieren, uns zu konsolidieren und zu wachsen.“ Trotz serbischer Proteste wurde nichts unternommen, um dies zu verhindern.

Little zufolge liegt der BBC ein vertrauliches Protokoll des Nordatlantikkra-tes (NAC), dem leitenden Gremium der NATO vor, worin es heiße, die UCK sei „Hauptinitiator der Gewalt“, und Walker nenne seine Aktionen im privaten Kreis eine „absichtlich provokative Kampagne“. Diese verdeckte Unterstützung der UCK durch die USA hat Serbien provoziert, den Waffenstillstand zu beenden und die Armee zurück in das Kosovo zu schicken.

Der nächste große Wendepunkt der Ereignisse, die auf den NATO-Krieg gegen Serbien zusteuerten, war das angebliche Massaker an Albanern in Racak am 15. Januar 1999. Bis heute wird die Frage, ob serbische Soldaten in Racak Zivilisten in einem Racheakt ermordet hätten, von Belgrad entschieden bestritten. Belgrad behauptet, die UCK habe das angebliche Massaker gestellt und Leichen aus früheren Kämpfen dafür benutzt.

Internationale Beobachter, die in das Dorf kamen, nachdem serbische Truppen den Tod von 15 UCK-Kämpfern bekannt gegeben hatten und sich zurückzogen, hatten nichts Ungewohntes zu berichten gehabt. Erst am nächsten Morgen, nachdem die UCK die Kontrolle über das Dorf zurückerobert hatte, besuchte Walker es

und gab bekannt, dass serbische Polizisten und jugoslawische Soldaten ein Massaker verübt hätten. Little bestätigt, dass Walker mit Holbrooke und General Clarke Kontakt aufgenommen hatte, ehe er diese Meldung in die Öffentlichkeit brachte.

Racak sollte der letzte Vorwand für eine Kriegserklärung werden. Aber erst musste Washington noch sicherstellen, dass die europäischen Mächte, die außer Großbritannien immer noch auf eine diplomatische Lösung drängten, mit von der Partie sein würden. Die Verhandlung in Rambouillet, Frankreich, fanden im Schatten eines drohenden Krieges statt.

Little erklärt: „Die Europäer, von denen sich einige nur widerwillig zur Androhung von Gewalt bekehren ließen, machten ernsthaft Druck für eine Lösung, die sowohl Serben als Albaner hätten akzeptieren können. Aber die Amerikaner waren skeptisch. Sie waren in anderer Absicht nach Rambouillet gekommen.“

Sowohl Albright als auch Rubin waren außergewöhnlich offen über die Ziele, die sie in Rambouillet erreichen wollten. Sie präsentierten ein Ultimatum, das die serbische Regierung nicht akzeptieren konnte, weil darin nicht nur eine NATO-Besetzung des Kosovo enthalten war, sondern auch unbeschränkter Zugang zu ganz Serbien. Der serbische General Pavcovic kommentierte: „Sie verlangten uneingeschränkte Bewegungsfreiheit, was sich kaum von einer Besetzung unterschied. Niemand konnte so etwas akzeptieren.“

Das war die Absicht der USA. Albright erklärte der BBC: „Falls die Serben [dem Ultimatum von Rambouillet] nicht zustimmen sollten, die Albaner aber zustimmten, dann gab es einen ganz klaren Grund für die Anwendung von Gewalt.“ Rubin fügte hinzu: „Selbstverständlich musste es in der Öffentlichkeit so aussehen, als ob wir eine Übereinkunft anstrebten, aber insgeheim wussten wir, dass die Chancen auf eine Zustimmung der Serben sehr gering waren.“ Der UCK-Führer Thaci war das einzige Problem, weil er den Einschluss eines Referendums über Unabhängigkeit forderte. So wurde am Valentinstag Albright zu ihm geschickt mit der Aufgabe, ihn zu überzeugen. Veton Suroi, ein mit der UCK rivalisierender Politiker, der an den Gesprächen beteiligt war, gibt eine offene Beschreibung von Albrights Botschaft an Thaci: „Sie sagte: ‚Ihr unterschreibt, die Serben unterschreiben nicht, wir bombardieren. Ihr unterschreibt, die Serben unterschreiben, dann habt ihr die NATO im Land. Ihr habt die Wahl.‘“

Nach drei Wochen Diskussion stimmte Thaci endlich zu und unterzeichnete den Vertrag von Rambouillet. So war der Weg für die USA frei, einen offenen Krieg gegen Serbien zu führen, einen Krieg, der mit den schmutzigen Tricks der CIA und politischen Manövern mit Terroristen vorbereitet worden war.

Haider will heim ins Reich Die Deutsche Buberlpartie*

Peter Willmitzer
(Vorabdruck aus der Kommunistischen
Arbeiterzeitung KAZ)

So kennt man sie gar nicht, die Österreicher. Nicht auf den Skiern, auf den Beinen waren sie jeden Tag zu Tausenden, um gegen die neuen Verhältnisse zu demonstrieren. Vor allem gegen den einen, der auch eher untypisch ist: Sprunghaft, chauvinistisch, frech, smart – und immer fesch.

Letzteres ist schon wieder einschlägig. Feschsein drückt nicht nur Modebewusstsein aus, sondern auch Gesinnung. „Geh‘, sei fesch“ sagen die Österreicher, wenn sie Entgegenkommen heischen. Feschsein also als Synonym für: Es jedem recht machen. Passen also die Attribute, die Haider angehängt werden: Rechtspopulist, Sozialdemagoge, Volkstribun...?

Wir werden sehen, das alles trifft den Kern nicht. Um Haider zu entzaubern, ist die österreichische Bourgeoisie einer Betrachtung zu unterziehen. Ihre politischen Strömungen sind zu untersuchen. Und die haben überraschend viel mit dem deutschen Imperialismus zu tun.

Die österreichische Bourgeoisie: Traditionell gespalten

1918. Österreichs Fabriken waren nach dem Weltkrieg veraltet, Absatzmärkte und Rohstoffquellen waren verloren. Der Rumpfstaat wurde ein Tummelplatz der europäischen imperialistischen Politik. Deutsche, französische, englische, italienische Interessen kreuzten sich in dem kleinen Land. Das fand seine Widerspiegelung in der Haltung der schwächlichen Bourgeoisie. Ein Teil meinte, sich dem ausländischen Kapital an die Brust werfen zu müssen. Damit verbunden war die Ablehnung der Eigenständigkeit der österreichischen Nation. Der Sieg des Faschismus im deutschen Reich vertiefte die Spaltung zusätzlich.

Bereits vor der Weltwirtschaftskrise wurden etwa 60 % der Industrie von Kartellen kontrolliert. Maßgeblichen Anteil hatten dabei die deutschen Monopolherren. 1926 wurden die Betriebe der Alpine Montan den Vereinigten Stahlwerken von Flick und Thyssen einverleibt. Hauptaktionär dieses größten deutschen Stahlkonzerns war die Deutsche Reichsbank. Die österreichische Elektroindustrie war vollständig unter der Fuchtel der beiden Mammutkonzerne Siemens und AEG. Das Papierkartell, das den Holzreichtum nutzte, war ebenfalls eine Hochburg des deutschen Großkapitals.

1930 konnte ein Sprecher des deutschen Imperialismus triumphierend verkünden, „dass die österreichische Schwerindustrie, die Elektroindustrie und die Papierindustrie bereits angeschlossen sind.“ (1)

Etwa ein Drittel der österreichischen Bourgeoisie war so auf den Listen der deutschen Monopole und damit von deutschnationaler Gesinnung, also für den Anschluss. Ihre politische Organisation war vor allem die NSAPÖ, eine Gaugorganisation der NSDAP. In ihr fanden sich Staatsbeamte, arbeitslose Intellektuelle, deklassierte Elemente. Das Bonbon (2) trugen sie, weil verboten, unter dem Revers. In die Arbeiterklasse konnten die deutschen Nazis nicht eindringen. Nazis, die wegen des Verbots der NSAPÖ flüchten mussten, erhielten in Bayern in der „österreichischen Legion“ eine militärische Ausbildung.

Gegen den Anschluss war das österreichische Bankkapital und die verarbeitende Industrie. Sie sahen ihren Markt in den alten k.u.k.-Ländern, also entlang der Donau und auf dem Balkan. Das Ziel war die Bildung einer Donauföderation, und wehmütig träumte man von der Restaurierung der Habsburger Monarchie. Die Grossgrundbesitzer und Grossbauern fürchteten die deutsche Konkurrenz auf dem Binnenmarkt.

Sie alle stützten die christlich-soziale Regierung. Als ihre eigentliche politische Organisation förderten sie die bewaffneten „Heimwehr“-Verbände als Sammelbecken aller antimarxistischen, arbeiterfeindlichen Kräfte.

Sie wurden anfangs von Mussolini ausgerüstet und standen in engem Kontakt mit den bayerischen Freikorps.

Der Weg nach Berchtesgaden

Der „Grüne“ Faschismus (3) des christlich-sozialen Kanzlers Dollfuß, eigentlich konkurrierend mit dem Hitlerfaschismus, hatte auf dem Weg zum Anschluss eine wichtige Aufgabe zu erledigen. Nach andauernden Provokationen durch die Heimwehrbanditen kam es im Februar 1934 zum so genannten Schutzbund-Aufstand, jenem bewaffneten Widerstandskampf der österreichischen Arbeiter. (4) Sie waren die Ersten, die sich in Europa gegen den Faschismus erhoben. Sie wurden blutig niedergeschlagen, Kanonen feuerten auf Arbeiterwohnungen, die „Galgenchristen“ – ein Arbeiterwort – wüteten. Die Organisationen der Arbeiterklasse wurden verboten. Das alles brauchte Hitler vier Jahre später nicht mehr zu tun. Die Dollfuß-Kanonen hat-

*) spöttische Umschreibung der FPÖ-Führung. *Buberl*: österr. für kleiner Junge. *Partie*: (frz.) österr. für Gruppe von Arbeitern, die für eine bestimmte Aufgabe zusammengestellt sind.

ten den Weg für Hitler frei geschossen. Dollfuss selbst wird Opfer eines Putschversuches der österreichischen Nazis. Er wird im Juli 1934 ermordet.

Der 12. Februar 1934 ist für Österreich ein ähnliche sensibles Datum wie für Deutschland der 30. Januar 1933 als Machtantritt des deutschen Faschismus. Die Erfahrungen aller Klassen aus diesem Bürgerkrieg in den wichtigsten Städten und Industriezentren wird die politische Entwicklung Österreichs nach 1945 entscheidend prägen.



1936, im so genannten Juliabkommen, hieß es bereits: „Österreich ist ein deutscher Staat.“ Das bedeutete die Eingliederung in die Einflussphäre des deutschen Faschismus. Für die Anforderungen der deutschen Rüstungswirtschaft erwiesen sich diese Abmachungen bald als zu eng. Es lockten die ungenutzten Rohstoffe, vor allem das in Deutschland so rare Eisenerz, reichlich Wasserkraft und ein Heer von Erwerbslosen.

Am 12. Februar (!) 1938 diktierte Hitler in Berchtesgaden dem österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg den Anschluss ans Reich, der vier Wochen später militärisch vollzogen wurde.

Der „österreichische Sozialismus“

1945. Drei Momente bestimmten die ökonomische Nachkriegsentwicklung:

Da war zuerst die Schwäche der Bourgeoisie, die eine Rückkehr zu normalen kapitalistischen Verhältnissen ausschloss. Sie musste einer für die kapitalistische Welt einmaligen, weitgehenden Verstaatlichung der größten Konzerne und Banken zustimmen. Erleichtert wurde dies dadurch, dass die wichtigsten Betriebe dem am Boden liegenden deutschen Finanzkapital gehörten. Eine andere Lösung hätten auch die Arbeiter in den Fabriken nicht zugelassen.

Ein Teil der Betriebe war dem Einfluss des deutschen Kapitals dadurch entzogen, dass sie unter der Verwaltung der sowjetischen Besatzungsmacht standen – die USIA-Betriebe.

Die stärkste imperialistische Macht, die USA, wendete pro Kopf gerechnet einen größeren Teil ERP-Mittel („Marschall-Plan“) auf als in irgend einem anderen Land. (5)

Unter solchen Verhältnissen gab es nur zwei Möglichkeiten: Staatsmonopolistischer Kapitalismus (6) oder – Sozialismus. Welche Kraft konnte die Weichen

stellen für die Stabilisierung des Kapitalismus in Österreich?

Die bürgerliche Lehre aus dem Schutzbund-Aufstand war der Proporz. Der Bourgeoisie und ihrer Partei, der ÖVP (österreichische Volkspartei, VP) steckte der Schreck des „Vierunddreissiger Jahr's“ nach wie vor in den Gliedern. Dass sie in der Tradition der Christsozialen steht, beweist die VP übrigens heute noch mit der Verehrung des Arbeitermörders Dollfuss. Sein Bild hängt in den VP-Clubräumen im Wiener Parlament.

Nie wieder Barrikaden in Österreich, Nie wieder bewaffneter Kampf Österreicher gegen Österreicher, lässt uns die Gräben zuschütten – Das sind die Phrasen, mit denen der Proporz begründet wurde. In der Praxis sah das so aus, dass jedem SPÖ-Funktionsträger ein VPler als Vize an die Seite gestellt wurde und umgekehrt. In den Kommunen und in den Ländern wurde nicht mehr regiert, sondern verwaltet, oder: „gepackelt“. Das war ein Pfeiler der institutionalisierten Sozialpartnerschaft.

Die österreichische Sozialdemokratie ging die 2. Republik vehement an. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte nannte sie sich „sozialistisch“. Eine lang andauernde Konjunkturperiode nach den harten Aufbaujahren ließ die Arbeiter auf die Seife steigen, die die SPÖ- und Gewerkschaftsführung ausgelegt hatte. (Diese sind hier äusserst eng verknüpft!) Es war ja verhänglich für die Arbeiter, die vielfach nur den Faschismus kennengelernt hatten, das Erreichte nicht durch Streik zu gefährden. Der andere Pfeiler der Sozialpartnerschaft waren die Spitzenmanager in der verstaatlichten Industrie, die jahrzehntelang von der SPÖ gestellt wurden. Sie waren in die Oligarchie einge-

bunden und regierten ihre Domänen wie Fürsten. Der österreichische Sozialismus war perfekt, wenn am 1. Mai dieselben als „Genossen“ auf der Tribüne vor dem Rathaus des roten Wien standen. Die vorbeiziehenden Arbeiter durften sie fähnchenschwenkend und „Freundschaft“ rufend begrüßen und die eine oder andere Hand drücken.

Putsch in der Naziartei

In den fünfziger Jahren ging aus einem unbedeutenden „Verband der Unabhängigen“ eine neue Partei hervor. Sie nahm alte und neue Nazis, Deutschnationalen und einige wenige Wirtschaftsliberale auf. Ihr Selbstverständnis war das „Dritte Lager“ (7), das auf keinerlei liberale Tradition zurückblicken konnte, um so mehr auf Schönerers Alldeutsche in der Monarchie (8), auf eine „Großdeutsche Volkspartei“ oder eben auf die NSAPÖ. Diese „Freiheitlichen“ (FPÖ) waren also von Anfang an eine deutschnationale Partei, in der zum Teil sogar belastete Nazis führende Positionen einnahmen. Der langjährige Obmann Friedrich Peter war Offizier der berühmten 1. SS-Infanteriebrigade.

Der SPÖ-Vorsitzende Kreisky verhalf dieser Partei aus taktischen Gründen aus ihrer Bedeutungslosigkeit. Er konnte Peter zum Tolerieren eines Minderheitskabinetts überreden, mit dem 1970 die 13jährige Alleinregierung der SPÖ begann. Das Zuckerkrieg war eine Wahlrechtsreform zugunsten der FPÖ. Eine weitere Überlegung Kreiskys war, mit der Stärkung des Dritten Lagers die Schwarzen zu schwächen...

Dem politischen Zögling Peter, Haider, gelang 1986 der entscheidende Putsch in der FPÖ. Die inzwischen erstarkten und

ministrablen Liberalen wurden hinausgeworfen und hinterdrein gleich Peter. Weg also mit der braunen Vergangenheit! Von da an kann die – nunmehr blaue! – Haider-Partei einen stetigen Stimmenzuwachs bei allen Wahlen verzeichnen, auf Kosten der Proporzparteien.

Die Buberlpartie marschiert: eine Riege von Yuppies und Karrieristen, eine Ansammlung charakterloser Jasager – wer aus der Reihe tanzt, den feuert der Chef persönlich. Profil ist erlaubt, wenn in Interviews der Massenmord an den Juden relativiert wird. Die Buberlpartie ist gefährlich, weil sie sich jung und proper gibt. Ihr Programm ist dagegen 70 Jahre alt: rassistisch, antidemokratisch, völkisch, antiintellektuell. Einschlägige Versatzstücke, die aus den Programmen von Reps und DVU nur zu bekannt sind.

Ökonomisch: ein deutscher Alpengau

Die österreichische Arbeiterklasse war eingebettet in eine Parteibuchwirtschaft, die günstige Sozialwohnungen (allerdings nicht für Arbeiter anderer Nationalität!), relativ gute Löhne, ein niedriges Rentenalter (55/60!), eine geringe Arbeitslosigkeit bescherte. Noch „unter Kreisky“ sprach man von der „Insel der Seligen“.

Doch die allgemeine kapitalistische Krise ging an dieser Idylle nicht vorüber. Ein Banker war mittlerweile SPÖ-Kanzler geworden. 1987 wurde die Verwaltung der Verstaatlichten umstrukturiert. Aus der ÖIAG wurde die AI (Austrian Industries), in der trotz des klingenden Namens Deutsch! geredet wird. Ein Sechstel der Industriearbeiter war hier beschäftigt, vor allem in den Branchen Stahl und Erdöl sowie in 160 anderen Firmen. Unter dem Vorwand der Sanierung wurde geschrumpft, zerstückelt, privatisiert und ausverkauft – bei näherer Betrachtung vor allem an die bundesdeutschen Stahlgiganten. Deutsche Manager wurden auf die Chefesseln gehievt, dann folgten die Massenentlassungen. Hier begann der Niedergang der SPÖ als Regierungspartei und ihr schwindender Einfluss in der Arbeiterklasse.

Die Automobilindustrie ist fest in deutscher Hand: Geländefahrzeuge und Vans für DaimlerChrysler, Allradtechnik für VW und Audi, Lkw für MAN, Motoren für BMW. Eine Menge Aufträge, aber eben auf verlängerten Werkbänken von Stuttgart, Wolfsburg, München und Ingolstadt. Der Reifenkonzern Semperit wurde von Continental geschluckt. Im ersten Halbjahr 1999 stammte von den 46 ausländischen Neugründungen ein Drittel aus Deutschland – wie in den vergangenen Jahren auch. (9)

Ein Abstecher in die Medienbranche bringt ebenfalls Erkenntnisse: Die „Kronzeitung“ mit ihrer Auflage von 1.3 Millionen erreicht ein Drittel der Bevölkerung. Damit gehört sie zu den weltweit einflussreichsten Massenblättern. Seit 1987 ist der WAZ-Konzern (Westdeutsche Allg. Zeitung) mit 45% beteiligt. (10)

Und ebenso lange schreibt die „Krone“ für Haider. Sie verbreitet Law-And-Order-Parolen, bagatellisiert Auschwitz und unterstützte 1992 das so genannte Ausländervolksbegehren Haiders logistisch. Das erste Volksbegehren, das sich gegen Menschen richtete! Hier war Haider schneller als die CSU.

Das Bild soll abgerundet werden durch den Siemens-Konzern. Seine Betriebe wurde 1946 verstaatlicht. Doch mit den verschiedensten Transaktionen, Umgehung von Staatsvertrag und einschlägigen Gesetzen konnte 1971 die Siemens AG Österreich mit 56% deutscher Beteiligung gegründet werden. So wurde eine eigenständige Elektroindustrie verhindert. Heute hat Siemens seiner österreichischen Tochter die gesamte Regionalverwaltung für die Slowakei, Slowenien, Kroatien, Bosnien und vor einigen Monaten auch für Jugoslawien und dem Kosovo übertragen. (11)

Ist Österreich wieder ein deutscher Alpengau? Erinnern wir uns. Der Anschluss wurde vorbereitet durch die wirtschaftliche Unterwanderung mit deutschem Kapital. Haider kokettierte bereits 1988 öffentlich damit, indem er die „österreichische Nation (als) eine ideologische Missgeburt“ bezeichnete. Und von seiner Wahlheimat Kärnten sagte er 1985, „dieses Land wird nur frei sein, wenn es ein deutsches Land wird.“ (12)

Eine Regierung nach deutschem Maß

Der wirtschaftliche Anschluss ist also vollzogen. Die Industriellenvereinigung (13) zeigte schon früh den Weg: „Österreich muss sich zum Westen bekennen“. Und der ist im Zweifelsfall immer die BRD. Von dort erhielt auch der Industriellenboss Krejci das Grosse Bundesverdienstkreuz.

1994 wurde der EU-Beitritt nach grossem Bangen der Herrschenden vor der Volksabstimmung endlich vollzogen. Lange war das Volk gekniet worden. Denn die Österreicher fürchten nach wie vor um die Preisgabe der Neutralität ihres Landes.

Die Neutralität ist ein Gebot des Staatsvertrages und der Verfassung. Der Staatsvertrag von 1955 brachte ein Ende der Besatzung und Schelte vom grossen Nachbarn. Adenauer befürchtete schwindenden deutschen Einfluss, weil das Anschlussverbot festgeschrieben wurde. Bei den Staatsvertragsverhandlungen mit der Sowjetunion hatte Molotow von der österreichischen Delegation das Versprechen auf die Hand verlangt, einen Status ähnlich dem der Schweiz einzunehmen. Im Staatsvertragsgesetz wurde „die immerwährende Neutralität“ nach dem Vorbild der Schweiz verankert. Die Neutralität war das späte Ergebnis des ersten Anschlusses ans Reich. Und sie sollte nach der Intention der sozialistischen Sowjetunion ein Riegel gegen den deutschen Imperialismus sein. Doch der Hauptgarant der Neutralität Österreichs existiert nicht mehr.

Folgerichtig erklärte der deutschnationale Wachhund Haider 1990 bei einem Besuch in München diese Neutralität für obsolet, um sich bei der EU anzuschmieren. Im selben Jahr forderte er – verfassungswidrig – die Beseitigung des Anschlussverbots im Staatsvertrag, weil dieses die „Souveränität“ Österreichs einschränke.

Die Deutschtums-Bekenner liegen in Österreich allerdings nur bei 5 %. (14) In jüngster Zeit hört man daher von Haider eher „Österreich zuerst“. Kein Patriotismus, ein Etikettenschwindel ist das und gegen die Arbeiter mit einem anderen Pass gerichtet! Jüngere, ohne weiteres österreichisch Gesinnte sollen nicht abgestossen werden. Denn noch ist die Neutralität so im Volk verankert, dass die SPÖ bei der EU-Wahl 1998 mit diesem Thema als einzige Stimmen gewinnen konnte. (15)

Die bürgerliche Demokratie desavouiert sich gerade an dieser Frage. Der viel beschworene Wählerwille wurde durch die Aufteilung des Wahlvolkes in drei annähernd gleiche Teile ausgeschaltet. Aber nur so konnte die Proporzlandschaft verändert, die Institution Sozialpartnerschaft zerschlagen werden. Diese günstige Situation wurde auch von Stoiber richtig erkannt, als er schon im Oktober die Konstellation Schwarz-Blau vorschlug.

Durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ ist nun ein Tor aufgestossen, um die Neutralität durch eine „Beistandsverpflichtung“ zu ersetzen, also Österreich in die NATO einzubinden. Das alles wird zynisch als „Sicherheitspolitik“ bezeichnet, eines der beiden Hauptanliegen der Schlüsselregierung. (Deren anderes ist übrigens die „Sanierung des Haushalts“: Rentenalter rauf, Einschränkung der Gewerkschaftsrechte, Erhöhung der Masensteuern...)

Nimmt man die Einschätzung ernst, dass Deutschland heute Ordnungsmacht auf dem Balkan ist, dann eröffnet diese neue, deutschhörige Regierung an der südliche Grenze neue imperialistische Perspektiven.

Der Weg nach Ljubljana und Zagreb, nach Bratislava, Budapest und Bukarest führt über österreichischen Luftraum und über österreichische Autobahnen. So gesehen, macht Bayerns Stoiber eine kluge Politik der Umarmung.

Wen wundert es, wenn die Regierung Frankreichs gereizt reagiert auf das Geklaff Haider. Und wenn die anderen EU-Staaten über Maßnahmen nachdenken, die aber bisher über das Zuspätkommen bei einem Fototermin nicht hinausgingen. Eine Stärkung des schon so mächtigen deutschen Rivalen durch den Aufstieg des deutschnationalen Flügels in Österreich wird diesseits und jenseits des Atlantiks besorgt zur Kenntnis genommen.

Als Hitler am 15. März 1938 triumphierend in Wien das Burgtor durchfuhr, um Österreich heim ins Reich zu holen,

war der Heldenplatz „schwarz“ von jubelnden Menschen. Dieses Bild wurde den Linken und Antifaschisten immer vorgehalten, die Österreich als Opfer des deutschen Faschismus sahen. Der Makel des Heldenplatzes ist seit dem 19. Februar 2000 getilgt. 250.000 Menschen demonstrierten gegen Faschismus, gegen Rassismus, gegen die schwarzbraune Regierung.

- (1) G. Höper: „Österreichs Weg zum Anschluss“
- (2) Hakenkreuz-Abzeichen
- (3) Gebräuchlich zur Abgrenzung vom Braunen Faschismus, den es ja in Österreich auch gab. (Die Grünen gab es damals natürlich noch nicht.)
- (4) Der Republikanische Schutzbund war die bewaffnete Formation der SDAPÖ, hervorgegangen aus den Roten Garden der Revolution 1918/19: 100.000 Mann, gut bewaffnet, hohe Disziplin. Die österreichische Sozialdemokratie war die grösste und am meisten linke Partei in der 2. Internationalen. Sie organisierte 90% der Arbeiterklasse. Ihre Führer, wie Otto Bauer, trugen stets die Revolution auf den Lippen und konnten so die Arbeiter im Zaume halten – bis zum 12. Februar 1934.
- (5) „Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in Österreich“, Hrsg. KPÖ 1972.
- (6) Die verstaatlichten Betriebe sind keine Elemente des Sozialismus, sondern Kern des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Aber sie sind ein ökonomischer Fortschritt gegenüber dem Privatkapital (vgl. F. Engels). Deshalb war es richtig, dass die KPÖ die Verschacherung an ausländisches Kapital und Reprivatisierung immer bekämpfte!
- (7) Wenn der Leser beim Dritten Lager den „3. Weg“ assoziiert, liegt er nicht falsch. Auch Schröders und Blairs „3. Weg“ ist ja nicht ein Ding zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Es ist die Methode zur Überwindung des Sozialstaates, in der BRD vor allem das „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“. Die „Faire Marktwirtschaft“ Haider ist die österreichische Spielart eines „3. Weges“. Eine schier unüberwindbare Sozialpartnerschaftsideologie ist zu zerschlagen als tief verwurzeltes Hemmnis für das Kapital.
- (8) Wenn Hitler einem österreichischen Politiker Bewunderung zollte in seiner Wiener Zeit, dann war es der Ober-Antisemit Schönerer. Hitler hasste die k. u. k.- Monarchie und sog alles Reaktionsäre auf, was sich gegen diese richtete.
- (9) SZ 3.11.99
- (10) Die WAZ zahlte für Kohls Fechttour 800.000 Mark! SZ 10.3.00
- (11) SZ 3.11.99
- (12) Zitate aus SZ-Magazin 17.12.99
- (13) Die Industriellenvereinigung ist eine spezifische Organisationsform der österreichischen Bourgeoisie. Durch die Bildung von Kartellen können die Mitglieder trotz relativ geringer Kapitalbasis ihre Interessen durchsetzen, vor allem gegenüber dem Staat. Das geschieht zum Teil wirksamer als in anderen Ländern mit mächtigem Monopolkapital.
- (14) Nichtsdestoweniger sind österreichische Bundesheersoldaten im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ unter Nato-Kommando in Bosnien stationiert, ebenso marschierten sie nach Albanien.
- (15) „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“, Hrsg. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Wien 1993. Das DÖW wird von der FPÖ seit Jahren attackiert, mehr als von anderen rechten Haufen.

Leben und Kampf von Andrea Wolf – Ronahî

„Im Dschungel der Städte, in den Bergen Kurdistans“

Ronahî, Andrea Wolf, beteiligte sich seit Mitte der 90er Jahre als Internationalistin am Guerillakampf der Volksbefreiungsarmee ARGK. Sie kämpfte in der Freien Frauenarmee YAJK in den Bergen Kurdistans, bis sie am 23. Oktober 1998 vom türkischen Militär mit sechs weiteren GenossInnen nach ihrer Gefangennahme ermordet wurde. Im Oktober, ein Jahr nach ihrem Tod, erschien jetzt ein Buch über ihr Leben und ihren Kampf.

Andreas Leben und ihre Geschichte ist eine Geschichte des Widerstandes in Deutschland. Sie war eine Genossin, die an vielen Brennpunkten aktiv war und die Macht der Herrschenden in Frage stellte. Schon in ihrer frühen Jugend im Alter von 15 Jahren war Andrea, die in München zur Welt kam, in der neuen Jugendbewegung aktiv. Sie besetzten Häuser, brachten eigene Zeitungen heraus, leisteten auf vielfältige Art Widerstand gegen die Staatsmacht. Sie beteiligte sich in den 80-er Jahren an dem Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf oder die Startbahn West, einem Flughafenprojekt in Frankfurt. Überall war sie treibende Kraft in Organisationsprozessen und Mitinitiatorin vieler politischer Projekte. Die Diskussion mit den politischen Gefangenen und der Kampf für die Freiheit aller politischen Gefangenen war für sie immer ein zentrales Anliegen, ebenso wie der Austausch mit revolutionären Organisationen in anderen Teilen der Welt. Durch ihr Engagement in der politischen Arbeit stand sie im Fadenkreuz staatlicher Repression. Zweimal wurde sie selber für längere Zeit inhaftiert.

Mitte der 90-er Jahre schloss sich Andrea der PKK an. Sie wollte vor dem Hintergrund, dass die Kämpfe hier in der Metropole zunehmend schwächer wurden, vor allem eins: Von den Organisationsprozessen der PKK lernen. Zentral für sie war die Frauenorganisation in der PKK, der Aufbau der freien Frauenarmee YAJK. Zwei Jahre lang kämpfte Andrea in den Reihen der YAJK. „Ich habe mein Herz an die PKK verloren“, schrieb Andrea aus den Bergen Kurdistans. Sie hat immer viel geschrieben, nicht nur in Kurdistan. So finden sich in dem Buch vor allem Aufzeichnungen von Andrea selbst: Tagebuchaufzeichnungen, Briefe und

Texte, an denen sie mitgearbeitet hat. Erinnerungen von FreundInnen und GenossInnen, über die gemeinsamen Erfahrungen, Flugblätter sowie kurze Texte, die die Dokumente zeitlich einordnen, ergänzen die Aufzeichnungen zu dem Leben von Andrea.

Andrea war eine Revolutionärin, die sich konsequent dafür eingesetzt hat, Perspektiven zu entwickeln, wie eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung aufgebaut werden kann. Die Geschichte des militanten Widerstandes in der BRD und der internationalistischen Kämpfe in der ganzen Welt können nicht auf wenigen Seiten aufgearbeitet werden, diesen Anspruch hat das Buch über Andreas Leben auch nicht. Es zeigt am Beispiel von Andrea, dass es immer wieder Genossinnen gab und gibt, die die Privilegien der eigenen Herkunft ablehnen, um sich an den Kämpfen gegen die globale Vernichtung von Natur und Mensch zu beteiligen und sich für eine gerechte Welt einzusetzen.

(Aus: Die Rote Hilfe, 1/00)

Zu beziehen ist dieses Buch für DM 15 über:
Informationsstelle Kurdistan e.V.,
Hobrechtstr. 14, in 12047 Berlin,
und über:
AWI-Literaturverlag, Falkstr. 74,
60487 Frankfurt. Es wird auch auf
Büchertischen der Kurdistan-Solidaritäts-Gruppen vorhanden sein.



7.- 9. April: PDS-Bundesparteitag in Münster

9. April: 13. CDU-Parteitag in Essen

15.-16. April: Bundestreffen des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. Siehe ausführlich in den Ausgaben 4 und 5. Beginn: Samstag, 10 Uhr, Ende Sonntag gegen 13 Uhr

15. April, Berlin: AG Kommunalpolitik der PDS, 11-16 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin-Mitte, Vulkan-Beratungszentrum Saal 1. TO: 1. Stadtwerke unter Wettbewerbsdruck – Anforderungen an die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen; 2. Kurzer Informationsaustausch zu aktuellen kommunalpolitischen Schwerpunkten und Vorhaben in den Bundesländern

15. April, Frankfurt: Tarifpolitik im Shareholder-Kapitalismus – Tagung des Forum Gewerkschaften, Frankfurter Gewerkschaftshaus, 10.30-17.30 Uhr. Das detaillierte Programm und die Anmeldemodalitäten gibt es auf der Homepage der Zeitschrift Sozialismus: www.sozialismus.de

19. April: Hauptversammlung der DaimlerChrysler AG, ICC Berlin, mit Aktionen der Kritischen Aktionäre. Kontakt: Dachverband kritischer DaimlerChrysler Aktionäre, Sophienstr. 19, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711/608396, Fax: 0711/608357, E-Mail: orl@gaia.de, Internet: <http://www.dfg-vk.de/orl/index.htm>

22.- 24. April: Ostermärsche in der ganzen Bundesrepublik

27./28. Mai, München: 8. isw-forum zum Thema: Kapitalismus im XXI. Jahrhundert. Entwicklungslinien der politischen Ökonomie des Kapitals. Mit ReferentInnen aus USA, Kuba, Japan, China und Deutschland. Cuba: Globalisierung und Staat (Referat: Mitarbeiter des „Forschungszentrums Weltwirtschaft“, Havanna); USA: Boom ohne Ende? (Referat: Prof. Richard D. Wolff, Department of Economics, University of Massachusetts); Japan: Von der „Herausforderung“ zur „Gefahr“ für die Weltwirtschaft; China: „Lan-

ger Marsch“ zum Sozialismus oder Übergang zum Kapitalismus? (Referat: Mitarbeiter/in des „Forschungszentrums für die gegenwärtige Welt“, Peking); Verbrechen Wirtschaft – Moderner Kapitalismus als höchstes Stadium der organisierten Kriminalität (Referat: Conrad Schuhler, Mitarbeiter des isw e.V.) Eintritt pro Tag: 10,- DM, beide Tage: 16,- DM, StudentInnen, Arbeitslose, SchülerInnen je die Hälfte. Veranstalter: Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung münchen e.V. Veranstaltungsort: München, Gewerkschaftshaus, Schwanthalerstr. 64, Beginn jeweils 10 Uhr

14. Mai: Landtagswahlen in NRW

26. Mai: Nordatlantische Versammlung, Frühjahrs-Tagung in Budapest.

31. Mai: Deutscher Katholikentag in Hamburg

31. Mai bis 4. Juni: Gesundheitstag 2000 in Berlin. Adresse: Gesundheitstag 2000, Sarrazinstr. 3, 12159 Berlin, fax: 030 / 85 99 97 78, Email: ich.mache.mit@gesundheitstag.de

1. Juni: EXPO 2000 in Hannover (bis 31.10.), zahlreiche Gegenaktionen

6. Juni: Westeuropäische Union

6. bis 12. Juni: Internationale Luftfahrtausstellung (ILA) in Berlin Schönefeld und Gegenaktivitäten von Friedensgruppen. (Ausstellungsprogramm siehe <http://www.ila-berlin.de>) Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Oranienstr. 25, 10999 Berlin, Tel.: 030/615005-30, Fax: 030/61500529. E-Mail: info@kampagne.de, Internet: <http://www.kampagne.de>

9. Juni: Hauptversammlung der Deutschen Bank, Festhalle Frankfurt mit Aktionen der Kritischen Aktionäre. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischeaktionaeere.de>

17. Juni: Politische Ökonomie heute, 2. Kurstag. Beginn 10.30 Uhr in der DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

26. September: Politische Ökonomie heute, 3. Kurstag. Beginn 10.30 Uhr in der DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)



Matthias Kuntzel

Der Weg in den Krieg
Berlin, Elefant Press
ISBN 3-88520-771-0

Gestützt auf eine systematische Auswertung aller verfügbaren nationalen und internationalen Quellen, belegt Kuntzel überzeugend, dass Deutschland keineswegs „gutwillig, überfordert, am Ende machtlos“ (Die Zeit) in diesen Kampf hineingeschliddert oder gar von Washington hineingedrängt worden ist. Die Vorgeschichte des Kosovo-Krieges führt stattdessen vor Augen, dass keine andere Nato-Macht diesen Konflikt so wie Deutschland geschürt hat ... – So der Buchdeckel. Rezension in den PB 8/00

2. Internationalen Hearing über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien

Die Verantwortung Deutschlands für den NATO-Krieg gegen Jugoslawien

Hamburg 16. April 2000 (11 bis 19 Uhr)
Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 17

Eintritt 20 DM, ermäßigt 10 DM

RednerInnen und Themen (unvollständig)

- Anna Ammonn (Vors. GEW Hamburg): Begrüßung.
- Matthias Kuntzel: Die Rolle der Bundesrepublik bei der Vorbereitung des Krieges.
- Ralph Hartmann (Botschafter a.D.): Die Rolle der Deutschen auf dem Balkan.
- Horst Schmitthenner (IG Metall): Die Gewerkschaften und der Krieg.
- Archimandrit Feofan (Russ. Orth. Kir-

che) (angefr.): Die deutsche Beteiligung am Krieg im Lichte des 2+4 Vertrages.

- NN: Die Auswirkungen des Krieges auf das deutsche Rechtssystem.
- Peter Gingold (VVN): Die neue Auschwitz-Lüge.
- Rolf Becker (IG Medien): Der Krieg und die Rolle der deutschen Medien.
- Horst Bethge (Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden): Jugend und Schule.
- Klaus Bartl (Rechtsanwalt) Angeklagt wegen Aufrufs zur Fahnenflucht.
- Mirosljub Milanovic (Jugoslawischer Generalkonsul): Jugoslawien nach der Bombardierung
- Peter Happe (Arbeitersamariterbund): Erfahrungen eines ASB-Mitarbeiters mit humanitären Hilfsmaßnahmen in Jugoslawien.
- Wolfgang Gehrcke (PDS, MdB): Die

Antworten der Bundesregierung auf die Anfragen der PDS.

- Elmar Schmähling (Admiral a.D.): Verteidigungsarmee und Aggression.
- Heidemarie Lüth (PDS, MdB): Der Krieg im Spiegel des Petitionsausschusses des Bundestages.
- Prof. Dr. Wolfgang Richter: Demagogie der Menschenrechte und Kriegsgrund.
- Klaus Eichner (GBM): Aktion Hufeisen und die Vorbereitung des Krieges.
- Knut Krusewitz: Die von der Bundesrepublik Deutschland zur verantwortenden Umweltschäden.

Infos : Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung, c/o Lühr Henken, Flotowstr. 6, 22083 Hamburg, Tel 040/222629, Fax 2277867. Email: LuehrHenken@t-online.de Homepage: www.nato-tribunal.de